

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Mit den Monaten Dezember ist es so eine Sache: beide sollen Rückblick und Vorschau bieten. Beim Janu(s)ar bietet die Doppelköpfigkeit dies geradezu an. Sei`s drum.

Wir in Deutschland haben geradezu Glück gehabt, wirtschaftlich stehen wir beneidenswert da, außenpolitisch werden wir uns bei der Politik der „Trippelschritte“ Merkels bald so weit von den europäischen Nachbarn isoliert finden, dass hoffentlich die Wähler endlich aufwachen bevor wir auf allerschmerzlichste Weise erfahren müssen, dass Europa nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Ein Nobelpreis ist für Europa weder Trost- noch Schmerzpflaster eher ein Ansporn zu mehr Solidarität – aber das fällt eben unter die Kompetenz der Sozialdemokraten. Peer Steinbrück ist jetzt der Lotse an Bord. Glück auf!

Die Koalition in Ba-Wü bewährt sich, dank Frank Mentrup ist wieder eine der großen Städte von einem Sozialdemokraten regiert, Schwarz-Gelb kann es nicht mehr in den Großstädten.

Spannend wird es auch um S 21: dass die Bahn „es selber richten will“, lässt Skepsis aufkommen.

Nun einige Worte in eigener Sache: Der Blattmacher des Roten Seehas (K-H K) hat zur Zeit Probleme mit dem Sehen – eine Staroperation steht an (Ende Januar). Mittlerweile sind die Probleme so groß geworden, dass eine normale Arbeitszeit nicht mehr einzuhalten ist.

Liebe LeserInnen,
bitte habt Geduld. Die nächste Ausgabe wird etwas später Mitte Januar kommen. Danach sollte wieder Normalität eintreten. Bei der nächsten Ausgabe Roter Seehas Europa ist ein Termin noch ungewiss.

Frohe Weihnachten und ein glückliches Jahr 2013

wünscht Ihnen

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten gewählt - Rentenkonzept der SPD wieder vom Kopf auf die Füße gestellt - Assistenzpflege muss für alle Menschen mit Behinderung gelten! - Bahnchef Grube steht zur Südbahn	2-4
- „Vorwärts“ künftig von einer Frau geleitet	4
- <u>EU</u> : "Auszeichnung für gestern ist Verpflichtung für heute und Auftrag für morgen"	4
- <u>BW</u> : Andrea Nahles gratuliert Frank Mentrup Nils Schmid zum Ergebnis der OB-Wahl in KA	5
- <u>SPD-Bodenseekreis</u> : OV Meersburg: Brief an Dr. Nils Schmid – KV Bodensee: Brief an Carsten Schneider - Schwarzer Peter für B31 FN-West weiter beim Bundesverkehrsminister	5-7
- Bodenseegürtelbahn auf dem Abstellgleis? Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“ feiert Jubiläum - „Gestaltung des demografischen Wandels im Bodenseekreis“ - Alina Wirbatz neue Vorsitzende der Jusos Bodenseekreis	7-9
- Termine im Bodenseekreis	9-12
- <u>SBI</u> : Rorschacher altNationalrat Fredi Alder (SP) zum Präsidenten der SBI gewählt	12
- <u>SP + Grüne Kanton St.Gallen</u> : SP sagt JA zum Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal	13
- Pensionskasse darf nicht zum Politikum werden - Sozialpädagogische Grossfamilien	14
- SP Kanton St.Gallen unterstützt Referendum gegen Asylgesetzrevision - Der Kanton stiehlt sich aus der Verantwortung	14-16
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : „Mindestsicherungsbeziehenden bekommen Heizkostenzuschuss.“	16-18
- Pensionisten zahlen hohe Beträge an deutsche Finanz - Caritas-Umfrage bestätigt SPÖ-Forderungen - Vier Jahre Regierung Faymann	18
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> : Wir haben lange dafür gekämpft - Wahlrecht ab 16 kommt! - RPJ wählt neue Spitze - Kleine Bahnhöfe sollen reaktiviert werden - MdB Gerster lost Gewinner aus Raum BC aus - Jusos BW begrüßen Entscheidung zum Steuerabkommen mit der Schweiz - „Ja zur Mittelstandsförderung - Nein zu Lohndumping - SPD Ortsverein BC und IG BCE informieren zur Leiharbeit	18-20
- SPD-Fraktion lobt „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ aus	21-23
- <u>SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz</u> : Chance für sozialen Wohnungsbau - Land fördert Fachkräfte-Bündnis	23-24
- <u>SPD Kreis Ravensburg</u> : Atomausstieg und Energiewende - SPD-Veranstaltung in Vogt	24-25
- Parteijubiläum 2013 - Fastenbrechen im neuen Kulturzentrum	25-27
- <u>Ulm und Hilde Mattheis</u> : Donaufahrer besuchen Berlin – Erfolgreich nachgehakt	27-28
- Niemand ist gerne arbeitslos! - „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ ausgelobt - Versprochen gebrochen - Verunsicherung durch GEMA-Tarifreform beseitigt - Sackgasse Minijob – Endstation Altersarmut	28-29
- <u>BayernSPD, SPD Kreisverband Lindau</u> : Lindauer Inselbahnhof für optimale Anschlüsse - BayernSPD hat Landesliste zur Bundestagswahl schon fertig – Leserbrief	29-31
- SPD-Publikationen in der Region	31-33
- Impressum	33
	34

Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten der SPD gewählt

Peer Steinbrück wurde auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag in Hannover heute zum Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Wahlergebnis Peer Steinbrück:

Abgegebene Stimmen	583
davon gültige Stimmen	580
Ja-Stimmen	542 (93,45
Prozent)	
Nein-Stimmen	31
Enthaltungen	7

Berlin, 09. Dezember 2012
Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Rentenkonzept der SPD wieder vom Kopf auf die Füße gestellt

Der Parteikonvent hat heute einstimmig das SPD-Rentenkonzept verabschiedet. Hierzu erklärt **Armin Schild**, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Frankfurt a. M.:

Mit dem Rentenbeschluss hat die SPD die Rentenpolitik wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Partei hat sich in einer entscheidenden Zukunftsdebatte klar und klug positioniert. Keine andere Partei in Deutschland verfügt über ein derart kompetentes, differenziertes und umfassendes Konzept.

Das SPD-Rentenkonzept gibt Antwort auf drei wichtige Fragen, die viele Menschen bewegen. Es stellt den unauflösbaren Zusammenhang von armutsvermeidender Rente mit Ordnung und Fairness am Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt. Es ist ein Bekenntnis der Partei zum Erhalt des heutigen Rentenniveaus und es eröffnet den Weg hin zu flexiblen Rentenübergängen, die der Wirklichkeit der Arbeitswelt gerecht werden.

Mit dem Bekenntnis zu einem solidarischen, paritätisch finanzierten Rentensystem einerseits und der klaren Absicht, den unsozialen Verwerfungen am Arbeitsmarkt offensiv entgegen zu treten, kann Altersarmut verhindert werden. Wer heute keine gute Arbeit mit guter

und fairer Bezahlung hat, kann auch auf keine gute Rente hoffen.

Die Partei bekennt sich nun endlich wieder dazu, Arbeitgeber stärker an der Finanzierung der Folgekosten des demografischen Wandels zu beteiligen. Unternehmen, die für Altersarmut und Erwerbsminderung verantwortlich sind, müssen über ein Malus-System an den Kosten beteiligt werden. Im Gegenzug müssen Anreize geschaffen werden, um Arbeitgeber dazu zu bewegen, endlich in ausreichender Zahl altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen.

In Zukunft brauchen wir nicht einen starren Renteneintritt für alle. Wir brauchen flexible Rentenübergänge für jeden. Der abschlagsfreie Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren stellt die notwendige Korrektur der unsinnigen und unsozialen pauschalen Einführung der Rente mit 67 dar.

In der Rentendebatte ist die Partei einen großen Schritt auf die Arbeitnehmer und Gewerkschaften zugegangen.

Berlin, 24. November 2012 Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Assistenzpflege muss für alle Menschen mit Behinderung gelten!

Zur heutigen Debatte zum Thema Assistenzpflege im Deutschen Bundestag erklärt die Ulmer Abgeordnete Hilde Mattheis:

Am heutigen Freitag entscheidet der Bundestag über die Finanzierung persönlicher Assistenz von Menschen mit Behinderung bei einem Aufenthalt zur medizinischen Vorsorge oder Reha. „Das im Grunde gute Gesetz ist nicht ausreichend“, sagt Hilde Mattheis, pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Es profitiert nur ein kleiner Teil der behinderten Menschen, die große Mehrheit hat nichts davon. Menschen mit geistiger Behinderung werden nicht berücksichtigt, obwohl sie den gleichen Bedarf haben.

Vorgesehen ist, dass pflegebedürftige Personen ihre von ihnen selbst angestellten und auf sie eingespielten Assistenten nicht nur wie bisher ins Krankenhaus mitnehmen können. Künftig soll die Finanzierung auch bei einem stationären Aufenthalt zur Vorsorge oder Rehabilitation sichergestellt sein.

Die eigentlich begrüßenswerten Regelungen betreffen jedoch nur eine kleine Minderheit der Menschen mit hohem Hilfebedarf. Nur die im sogenannten Arbeitgebermodell selbst angestellten Assistenten werden finanziert. Assistenz durch Dienste und Einrichtungen, wie sie Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung häufig in Anspruch nehmen, wurde auch nach dem Protest vieler Verbände nicht im Gesetz berücksichtigt.

„Wie wir aus Erfahrung wissen, sind gerade Menschen mit einer geistigen Behinderung bei einem Aufenthalt im Krankenhaus, zur Vorsorge oder Rehabilitation auf die vertrauten Assistenten aus ihrer Wohnstätte angewiesen. Die behinderten Patienten erhalten so in einer für sie fremden und oftmals beängstigenden Situation ganz wichtige Unterstützung, die das Klinikpersonal gar nicht leisten kann“, so Mattheis abschließend.

Berlin, den 09.11.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Bahnchef Grube steht zur Südbahn Bundesregierung ist jetzt gefordert

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** ruft die Bundesregierung auf, endlich Finanzierungssicherheit für die Elektrifizierung der Südbahn zu schaffen. An der Bahn werde das Vorhaben nicht scheitern, sagt die Abgeordnete nach einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Rüdiger Grube, heute in Berlin. Die Abgeordnete forderte die Bundesregierung auf, ihre Investitionsplanung für die seit Jahren überfällige Elektrifizierung anzupassen.

Hilde Mattheis sagte: „Herr Grube hat sich in unserem Gespräch eindeutig dafür ausgesprochen, dass die Deutsche Bahn die Südbahn so schnell wie möglich elektrifizieren will. Dafür braucht die Bahn aber dringend Bundesmittel, und die werden von Bundesminister Ramsauer zurückgehalten. Die Bundesregierung schiebt die Entwicklung unserer Region bislang auf die lange Bank. Mehr als Versprechen kommt da nicht.“

Gemeinsam mit weiteren SPD-Abgeordneten aus Baden-Württemberg war Hilde Mattheis mit dem Bahnchef Grube zu einem Arbeitsfrühstück zusammen getroffen, um die wichtigsten Investitionsvorhaben zu besprechen.

Ulm, 22.11.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD-Mitgliederzeitung „Vorwärts“ künftig von einer Frau geleitet

Was „man“ im Willy-Brandt-Haus schon lange wollte, **eine Frau an die Spitze der Chefredaktion** zu bringen, ist jetzt gelungen. Im Jahr 2004 hat der damalige SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering **Karin Nink** zur stellvertretenden Parteisprecherin berufen. Sie hat vorher als Redakteurin bei der **Financial Times Deutschland**, bei der „taz“ und beim „Kölner Stadtanzeiger“ gearbeitet.

Die neue Chefredakteurin folgt auf die Vorgänger **Uwe-Karsten Heye** und **Uwe Knüpf-er**. Letzterer ist bei der SPD-Kandidatenaufstellung im **Wahlkreis Herne/NRW** für die Bundestagswahl 2013 in der Abstimmung der Delegierten gegen seine Kontrahentin, Michelle Müntefering (Ehefrau von Franz Müntefering), unterlegen. Knüpfer war vorher Chef der **Zeitungsgruppe WAZ**, ein großes Medienkonsortium in Nordrhein-Westfalen. Heye wollte angesichts der schrumpfenden Auflage den „Vorwärts“ über die SPD-Mitglieder hinaus etwa im Straßenverkauf am Zeitungskiosk für andere Leserschichten öffnen. Das Konzept ist nicht aufgegangen. Die Zahl der SPD-Mitglieder sinkt, und so schwindet auch die Auflage auf jetzt noch knapp 400 000. Uwe Knüpfer wollte unter diesen Umständen das Blatt wieder interessanter gestalten für die Parteimitglieder.

Auch dies ist nicht gelungen. Im Bundestagswahljahr 2013 soll der „Vorwärts“ verstärkt die Genossenschaft zu Wahlkampf-Aktivitäten animieren. Der „Vorwärts“ hat eine lange Tradition. Die SPD-Zeitung ist 1876 erstmals erschienen. In der Zeit der **Sozialistenverfolgung** unter Reichskanzler Otto von Bismarck ist der „Vorwärts“ **in der Schweiz** gedruckt und heimlich **über den Bodensee** ins Deutsche Kaiserreich geschmuggelt worden.

W. Bernhard



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

**"Auszeichnung für gestern ist
Verpflichtung für heute
und Auftrag für morgen"**

**Verleihung Friedensnobelpreis 2012
an Europäische Union**

*Der baden-württembergische SPD-Euro-
paabgeordnete **Peter SIMON** zu der heuti-
gen Verleihung des Friedensnobelpreises
in Oslo an die Europäische Union:*

"Der Preis ehrt all die hunderten Millionen Menschen aus den Mitgliedstaaten, die Europa im Laufe der Jahrzehnte zu dem gemacht haben, was es ist. Aus den Ruinen des zweiten Weltkriegs und tief verfeindeten Völkern ist ein Friedens- und Integrationsprojekt entstanden, das seinesgleichen sucht und um das uns andere zu Recht beneiden. Diese gemeinsame Leistung hat den Friedensnobelpreis verdient."

"Trotzdem sollte allen klar sein, dass das keine Auszeichnung fürs Lebenswerk war. Das gemeinsame Projekt Europa steht mehr denn je am Scheideweg. Dazu hat die Krisenpolitik der Staats- und Regierungschefs maßgeblich beigetragen. Wo klare Bekenntnisse nötig waren, gab es nur eine zögerliche und halberzige Politik des Durchwurschtelns, was die Krise dramatisch verschärft hat und den dauerhaften Erfolg des Gemeinschaftsprojekts gefährdet", unterstreicht **Peter SIMON**. „Deshalb ist der Nobelpreis auch eine Mahnung, unser einzigartiges Fundament an Errungenschaften und gemeinsamen Grundwerten nicht aufs Spiel zu setzen und zugleich Auftrag, alles Erforderliche und uns Mögliche zu tun, um unsere gemeinsame Erfolgsgeschichte auch in Zukunft mit aller Kraft fortzuschreiben", so **Peter SIMON** weiter.

"Denn", zitiert **Peter SIMON** abschließend den luxemburgischen Regierungschef Juncker, "wer jetzt an Europa zweifelt, sollte öfters mal Soldatenfriedhöfe besuchen."

Straßburg, 10.12.2012

*Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP*

Land Baden-Württemberg

Andrea Nahles gratuliert Frank Mentrup

Die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles gratuliert dem neu gewählten SPD-Oberbürgermeister von Karlsruhe Frank Mentrup zu seiner Wahl:

Ich gratuliere Frank Mentrup herzlich zur Wahl zum Oberbürgermeister von Karlsruhe. Er hat mit seinem überzeugenden Sieg die über 40 Jahre andauernde CDU-Herrschaft in der drittgrößten Stadt Baden-Württembergs gebrochen. Die SPD setzt damit ihre Wahlerfolge in den großen Städten fort. Und die CDU verliert mit Karlsruhe die letzte Großstadt in Baden-Württemberg mit einem CDU-Oberbürgermeister.

Frank Mentrup hat einen engagierten Wahlkampf geführt und wird Karlsruhe kompetent und bürgernah regieren.

03.12.2012 Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Nils Schmid zu dem Ergebnis der heutigen Oberbürgermeisterwahl der Stadt Karlsruhe:

"Das Ergebnis ist der Hammer! Herzlichen Glückwunsch an Frank Mentrup zu diesem unglaublichen persönlichen Wahlsieg! Das hat auch Strahlkraft auf ganz Baden-Württemberg und gibt unserer Landes-SPD einen richtig tollen Schub. Für die CDU gilt: Das war's dann endgültig als Großstadtpartei. Und das ist ja auch kein Wunder: Vielfalt, Modernität und Urbanität sind so ziemlich das Gegenteil von dem, was diese CDU in Baden-Württemberg verkörpert."

02.12.2012

SPD Ba-Wü

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



OV Meersburg:

Brief

09.11.2012

An den
Vorsitzenden des
SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg
Herrn Dr. Nils Schmidt

Copie an: Katja Mast, Wolfgang Drexler, Claus Schmiedel

Stärkung der Basis und des Ehrenamtes

Lieber Nils,

Im Auftrag des SPD-Ortsvereins Meersburg wende ich mich heute an dich mit einer Bitte und einem Vorschlag zur Kampagnenfähigkeit der SPD vor Ort.

Seit Jahren vergeht keine SPD-unktionärskonferenz auf Landesebene, auf der nicht ein Spitzengenosse (Genossin) darauf hinweist, dass man große Anstrengungen darauf verwenden wolle, die vielgerühmte Basis der Partei, die vielen Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen und Gemeinderäten, mehr zu unterstützen und zu stärken.

Leider spüren wir an der Basis kaum etwas von diesen Bemühungen. Dass viele Mitglieder in den Ortsvereinen im Laufe der Jahre müde geworden und wir kaum noch irgendwo kampagnenfähig sind, ist bekannt und hat vielerlei Ursachen (u. a. die Überalterung, der Mitgliederschwund, das Fehlen fast einer ganzen Generation von Aktiven). Der Wille, die Misere zu bereinigen und die Basis der Partei zu stärken, mag ja vorhanden sein, nur bei der Lösung des Problems sehen wir kaum wirkliche Ansätze. Ich möchte Euch an der Parteispitze im Land deshalb einen Vorschlag unterbreiten, der nichts kostet und dennoch zum Ziel der Stärkung der Parteibasis beitragen kann: Im Verlauf dieses Jahres waren in unserer Region Bodenseekreis einige Spitzengenossen und Genossinnen aus dem Land zu unterschiedlichen Anlässen.

Uns vom Ortsverein Meersburg ist dabei negativ aufgefallen, dass bei solchen Promi-Terminen mit Dritten, die nicht direkte Parteitermine waren, weder ein örtlicher Gemeinderat oder OV-Vorsitzender dabei waren, noch dass diese vorab über die Termine informiert wurden; vielmehr erst im Südkurier oder Schwäbischen Zeitung davon erfuhren. Ich selbst war infolge ganz anderer Erfahrungen aus meiner früheren 40-jährigen Arbeit als Stadt- und Kreisrat und

in verschiedenen Parteifunktionen im Kreis Esslingen schon etwas schockiert.

Bis zum Jahr 2008 kannte ich es aus dem KV Esslingen nämlich ganz anders: Wenn ein SPD-Promi zu einem Firmenbesuch o. a. vor Ort kam, wurde der/die Ortsvereinsvorsitzende und /oder GR-Fraktionsvorsitzende vorab verständigt – entweder vom Parteigeschäftsführer oder direkt von der Mitarbeiterin / dem Mitarbeiter des Promis mit der Aufforderung, vor oder nach dem Besuchstermin eine eigene kurze Veranstaltung des OV oder der GR-Fraktion mit dem Promi zu organisieren; z. B. kurzer Besuch in einem Kindergarten, Jugendhaus, Seniorentreff, Besichtigung eines örtlichen Problemfeldes, einer sozial – karitativen Einrichtung, Betriebsbesichtigung, Gespräch mit einer Bürgergruppe etc. Die CDU und die Grünen machen das – soweit wir das in unserer Region überblicken können – seit langem.

Solche kurzen Termine sind für beide Seiten – den Promi wie auch für die örtlichen SPD-Leute – keine große Herausforderung; sie tragen aber wesentlich dazu bei, die vielbeschworene Basis zu stärken - wird die Akzeptanz und das Ansehen der SPD-Leute vor Ort dadurch doch nicht unwesentlich gestärkt. Da ich selbst seit meinem Umzug an den Bodensee keinerlei Parteiamt bekleide und auch nicht Mitglied eines Gemeinderates bin – also keinerlei persönliche Eitelkeiten verfolge, bin ich der Bitte des OV Meersburg gern nachgekommen, Euch unseren Vorschlag zu unterbreiten.

Nun hat die SPD leider eine sehr dünne Personaldecke – wir in der Region Bodensee – Oberschwaben sind da besonders schwach auf der Brust, weil wir neben dem fehlendem hauptamtlichem Personal auch –außer dem Gen. MdB Martin Gerster – auch keinen MdL oder MdB haben. Deshalb wäre es sicherlich sinnvoll – solltet Ihr unseren oben beschriebenen Vorschlag aufgreifen wollen - , wenn sowohl der Landtags-Fraktionsvorstand als auch die einzelnen SPD-Minister ihre jeweiligen persönlichen Referenten anweisen würden, bei Besuchen vor Ort die örtliche Partei auf den Besuch hinzuweisen und die Möglichkeit eines kurzen Vor-Ort-Termins vorzuschlagen. Es bietet sich meist auch die Möglichkeit an, die/den örtlichen OV-Vorsitzende(n) oder SPD-GR zu einem solchen Termin (Betriebsbesichtigung, Gespräch mit dem OB/BM usw. mit hinzu zu ziehen.

Der Ortsverein Meersburg und sicher viele OV's würden sich freuen, wenn unser Vorschlag auf offene Ohren stieße und umgesetzt werden würde.

Diesen Brief schicke ich als Kopie auch an Katja Mast, Claus Schmiedel und Wolfgang Drexler.

Liebe Grüße

Wolf Seitz

Brief an

MdB Carsten Schneider

haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

19.11.2012

Lieber Carsten,

Dies ist ein Hilferuf an Dich in Deiner Aufgabe als haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Ein Erbe 57-jähriger schwarzer Regierung in Baden-Württemberg ist ein schlechter Ausbau von Straßen und Schiene. Es gab zwar viele Ankündigungen und auch Spatenstichtermine, aber deutlich weniger Fertigstellungen. Seit Jahren hat das Bundesverkehrsministerium vom Land eine Priorisierung der der Bauprojekte für Bundesstraßen gefordert. Erst die grünrote Regierung hat dies gemacht, was auch vom Bundesverkehrsministerium anerkannt wird, nur, jetzt fehlt das Geld. Bei einem Besuch letzte Woche in Friedrichshafen hat Jan Mücke, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium verlautet, dass der Ausbau der B31 Immenstaad Friedrichshafen-Waggershausen oder B31 Friedrichshafen-West zwar die höchste Priorität hat, er aber über einen Beginn des Ausbaus wegen fehlender Mittel keine Aussage machen könne. Als Trost verwies er auf die im Koalitionsausschuss beschlossene Erhöhung des Verkehrsetats und darauf, dass im Haushaltsausschuss entschieden werde, wie die 600 Mio. € für den Straßenausbau verteilt werden.

Der Bodenseekreis lebt einerseits vom Tourismus, stützt sich aber wirtschaftlich auch auf Hightech-Industrien wie EADS, Zahnfabrik Friedrichshafen (ZF), Tognum und viele innovative Mittelständler. Deswegen ist eine gute Verkehrsanbindung sehr wichtig für unseren Raum. Leider bricht insbesondere in den Sommermonaten der Verkehr wegen einiger Flaschenhälse zusammen. Einer dieser Flaschenhälse ist die B31 Friedrichshafen-West (Ge-

samtkosten 106,43 Mio. €). Eine Hintergrundinformation für Dich: Einige unserer Häfler (umgangssprachlich für Friedrichshafener) Genossen sind Mitglieder eines überparteilichen Bündnisses, dem die Häfler Industrie fest nicht nur ein zinsloses Darlehen für die Dauer von drei Jahren zur Realisierung der 31 Friedrichshafen-West, sondern auch die Kostenübernahme für Teile eines Straßentunnels zugesagt hat. Dies ist dem Bundesverkehrsministerium bekannt.

Ein weiterer Flaschenhals in unserer Region ist die B30 Ravensburg Bauabschnitt VI mit der dritthöchsten Priorität der 20 Bundesfernstraßenprojekte in Baden-Württemberg, für die Baurecht vorliegt. Ich bitte Dich auch dieses Straßenbauprojekt (Gesamtkosten 55,11 Mio. €) bei der Verteilung der Zusatzmittel für den Verkehrsetat zu berücksichtigen.

Zum Abschluss, Dein Fraktionskollege Martin Gerster betreut uns sehr sehr gut in der schwarzen Diaspora und kennt die Problematik des verkehrspolitischen Erbes 57-jähriger schwarzer Regierung bei uns und in Baden-Württemberg.

Mit herzlichen Grüßen

Adnan Sabah

Schwarzer Peter für B31 Friedrichshafen West weiter beim Bundesverkehrsminister

Adnan Sabah, der SPD-Kreisvorsitzende, hat Antwort auf seine Bitte um Fürsprache im Haushaltsausschuss von **Johannes Kahrs**, Berichterstatter der SPD Bundestagsfraktion für den Verkehrshaushalt bekommen. Kahrs teilt Sabahs Argumentation zum Ausbau der B31 Friedrichshafen West voll. „Dieses Vorhaben (ist) für die Region von herausgehobener Bedeutung“. Kahrs und **Carsten Schneider**, der Haushaltssprecher der SPD-Bundestagsfraktion werden sich gerne für dieses Anliegen einsetzen, zweifeln aber an den Einflussmöglichkeiten von Haushältern auf Entscheidungen des Bundesverkehrsministeriums.

Das heißt für uns im Bodenseekreis, dass die von **Jan Mücke**, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium bei einem Besuch gemachte Empfehlung, den Haushaltsausschuss um Unterstützung für B31 Friedrichshafen West zu bitten, entweder nett gemeint oder, und das ist wahrscheinlich, der ge-

lungene Versuch war, seine Gastgeber hier am See davon abzulenken, dass die letztgültige Entscheidung für die Zuteilung von Mitteln für den Bau planfestgestellter Bundesstraßen beim Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) liegt.
30.11.2012 **Dietram Hoffmann, Medienreferent**
SPD-KV Bodensee

Bodenseegürtelbahn auf dem Abstellgleis?

Bahnforum in Überlingen

Begehrte Gesprächspartner waren **Bernd Klingel**, der Geschäftsführer der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (Stuttgart) und **Wilfried Franke**, der Geschäftsführer des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben (Ravensburg). Im nicht übermäßig besetzten Foyer des Kursaales in Überlingen hatte die überparteiliche „**Plattform Bodensee-S-Bahn**“ ein gutes Expertenpodium angeboten, um das Publikum darüber zu informieren, was sich im übrigen Mitteleuropa tut in Sachen Ausbau des SPNV und welche bescheidene Rolle dabei der Planungsstand beim Ausbau der Bodenseegürtelbahn zwischen Singen/Radolfzell und Friedrichshafen/Lindau spielt. Von SPD-Seite waren lediglich der SPD-Bundestagskandidat und ein Kreisvorstandsbeisitzer aus einer Gemeinde an der Strecke der Bodensee-Oberschwaben-Bahn zugegen.

Das einzig Konkrete für den Ausbau der Bodenseegürtelbahn ist bis jetzt die vorgesehene Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs am Bahnhof in Markdorf, ansonsten, so Bernd Klingel von der ahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, gibt es weder Planungen des Landes für die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn noch für den Einbau von Doppelspurinseln an der Bahnstrecke. Es sei zudem damit zu rechnen, dass nach der Vollen- dung der Elektrifizierung der Südbahn bis in 6 Jahren nach neuesten Informationen aus dem Bundesverkehrsministerium die Verkehre auf der Bodenseegürtelbahn erst mal mit Takt- und Fahrbahnverschlechterungen rechnen müssen. Ein ganz anderes Problem ist die unklare Situation beim **Bahnknoten Lindau**. Dies beeinträchtigt den SPNV von Lindau aus in alle Richtungen- nach Vorarlberg, nach München, nach Ulm/Stuttgart und nach Singen/Radolfzell. Mit der Elektrifizierung der Südbahn erhöht sich das Tempo der Bahn auf 160 km/h und verkürzt sich die Reisezeit von Friedrichshafen nach Stuttgart von jetzt 2

Stunden, 15 Minuten auf dann 1 Stunde 40 Minuten. Der Grünen-Landtagsabgeordnete **Martin Hahn** verwies auf das Projekt der Landesgartenschau 2020 im Raum Überlingen, deren Erfolg zu einem beträchtlichen Anteil auch von Verbesserungen im Angebotskonzept der Bodenseegürtelbahn abhängen wird, sofern sie realisiert werden können in den nächsten Jahren.

Klar ist auch, so Bernd Klingel, dass es ohne ein deutliches finanzielles und politisches Engagement der Bodenseeregion, des hiesigen Landkreises und der Städte und Gemeinden entlang der Bahnstrecke nicht gehen wird. Es gibt eine beträchtliche Konkurrenz zu anderen Verkehrsregionen in Baden-Württemberg um die nicht üppig zur Verfügung stehenden Mittel zum Ausbau des ÖPNV und SPNV. „Der frühe Vogel frisst den Wurm!“ Die Uni Stuttgart ist noch dabei, ihre **Kosten-Nutzen-Analyse** zur Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn zu erstellen, bis dahin ruhen alle Aktivitäten der **Interessengemeinschaft Bodenseegürtelbahn** mit den Landräten Hämmerle und Wölfle (Konstanz bzw. Bodenseekreis) an der Spitze. Eine ernüchternde Erkenntnis!

Zum Vergleich: Was tut sich in anderen Regionen um das nördliche Seeufer herum?

Auf der Seelinie am Schweizer Ufer (Bahnstrecke Rorschach-Schaffhausen) 51 % Kundenzuwachs zwischen 2007 und 2011, öffentlicher Verkehr Metropolregion Zürich in 10 Jahren Nutzung um 45 % gesteigert

S-Bahn-Verkehr Schaffhausen: seit 2006 45 % Kundenzuwachs durch diverse Ausbaumaßnahmen

Nahverkehrsstrecke Heidelberg-Karlsruhe: Steigerung der Fahrgastzahlen zw.2003 und 2012 um 88 Prozent(Reisende je km von 2003: 6 153 auf 2012: 11 580 !!

Pforzheim – Bad Wildbad: Steigerung zw. 2002 und 2011 um 164 Prozent

Hausach-Freudenstadt: Steigerung um 214 Prozent

Offenburg-Konstanz: Steigerung zw.2006 und 2010 um 25 Prozent

Seehas-Verkehr Kreis Konstanz: Fahrgastzahlen von 4,3 Millionen 2006 auf 5,2 Mio. 2011 gestiegen

(alle Angaben von der [Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, Stuttgart](#))

Sehr spannend verliefen die Schilderungen der beiden Schweizer Verkehrsexperten über die Perspektiven der Nahverkehrsprojekte im Kanton Schaffhausen mit der S-Bahn (**Patrick Altenburger**) und **Werner Fritschi**, Leiter

Markt der Turbo AG und zuständig auch für die Tageskarte in der Euregio Bodensee, dem ersten Baustein für einen seeumspannenden Verkehrstarifverbund. In der Wirtschaftsregion Schaffhausen mit dem benachbarten Standort Singen mit den vielen Pendler/-innen ist man dabei, das „Angebotskonzept 2020“ laufend weiter zu entwickeln und die Vorteile aus der bis 2018 vollendeten Elektrifizierung der Hochrheinbahn verstärkt zu nutzen.

Die Bahnhöfe sollen bis 2023 behindertengerecht ausgebaut werden. Ziel des Projekts S-Bahn Schaffhausen ist es, die Hälfte des allgemeinen Verkehrswachstums bis 2032 zu übernehmen, was die Straßen entlasten soll. Mit einem Halbstundentakt (teilweise auch einem Viertelstundentakt zu den Hauptverkehrszeiten) will der Kanton den öffentlichen Nahverkehr auf den zukünftigen Bedarf einstellen.

Mit 76 Prozent Ja-Stimmen hat das Stimmvolk im Kanton einen Rahmenkredit von 75 Millionen Franken im September 2011 bewilligt, der Kanton selber muss davon 45 Millionen Franken dafür investieren.

Auf der Seelinie von Schaffhausen bis Rorschach werden ebenfalls weitere Nachfragemodelle entwickelt, erklärte **Werner Fritschi** von der Turbo AG. In den nächsten Jahren ist die Erweiterung der Linie bis St.Margarethen (also der Landesgrenze) und bis Bregenz geplant. Die Seelinie wird gut genutzt für Ausflugstouren, für den Bereich Wanderungen, Velofahrten, Skate-Routen. Sie steht nicht nur tagsüber an den Werktagen, sondern auch in den frühen Nachtstunden und am Wochenende für die Bahnkunden bereit. Fritschi empfahl die Lektüre des großen Bodensee-Magazins 2013 mit etlichen Artikeln zur Seelinie und zur Tageskarte Euregio Bodensee.

Quelle: Plattform „Bodensee-S-Bahn“ (Broschüre)

Strecke Lindau-Radolfzell (D)	05-24 Uhr
Einwohner an der Strecke:	ca. 142 000
Fahrzeit auf der Bahnstrecke:	2 Std 1 Min
Länge der Strecke:	83 km
Betriebsart der Bahn:	Diesel
Haltepunkte/Bahnhöfe:	23
Anzahl der Züge an Werktagen:	27
Infrastruktur der Bahnstrecke:	eingleisig
Preis einfache Fahrt ohne Ermäßigung:	16,40€

Strecke Rorschach-Schaffhausen(CH)	05-24 Uhr
Einwohner an der Strecke:	ca.106 000
Fahrzeit:	1 Std.45 Min
Länge der Strecke:	80 km
Betriebsart der Bahn:	elektrisch
Haltepunkte/Bahnhöfe:	36 (+2)
Anzahl der Züge an Werktagen:	37
Infrastruktur der Bahnstrecke:	eingleisig
Fahrpreis einfache Fahrt ohne Ermäss.	25 CH-Fr

Es fahren moderne, zweiteilige Gelenktriebwagen, 100 Fahrzeuge, im Halbstundentakt, auch im ländlichen Raum an der Bahnstrecke entlang des südlichen Seeufers. Die Gewinne aus dem bemerkenswerten Kundenzuwachs werden gleich wieder reinvestiert in die Verbesserungen des Fahrplanangebotes auf der Seelinie. Der Zuwachs hat 51 Prozent betragen in den Jahren von 2007 bis 2011.

Die Versammlung verabschiedete eine Resolution zur Bodenseegürtelbahn an die öffentlichen Gebietskörperschaften am nördlichen Seeufer mit diesem Wortlaut:

„Die laufenden Angebots- und Ausbauplanungen für die Bodenseegürtelbahn inklusive Elektrifizierung sind zu beschleunigen und finanziell abzusichern. Sie sind mit den Planungen für die Hochrheinbahn und für die Südbahn von Basel bis Ulm und Lindau zu koordinieren. Es ist vom Knoten Lindau bis zum Knoten Radolfzell der gleiche Standard anzustreben, wie er im Hegau, in der Ostschweiz und in Vorarlberg bereits existiert: Regionalbahnen im Halbstundentakt und interregionaler Verkehr im Stundentakt. Ein Halbstundentakt der Regionalbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell mit Dieseltriebzügen soll bis zur Landesgartenschau 2020 in Überlingen umgesetzt werden. Es ist umgehend zu prüfen, welche Infrastruktur-Verbesserungen dafür notwendig sind und wie diese rechtzeitig realisiert werden können. Die durchgehenden Interregio-Züge (Sprinter) von Basel nach Ulm oder Lindau sind solange mit Dieseltriebzügen zu betreiben, bis die ganze Strecke elektrifiziert ist. Der Tarifverbund für die Tages-Karte Euregio Bodensee ist durch weitere attraktive Fahrkarten über die Landesgrenzen u. zwischen den bestehenden Verkehrs- und Tarifverbänden zu ergänzen.“

21.11.2012

W.Bernhard

Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“ feiert Jubiläum

In Friedrichshafen ist vor 40 Jahren mal ein Sportflieger ganz in der Nähe der Gut-Hirten-Kirche abgestürzt. Dieses Unglück war der Ausgangspunkt für die Gründung einer parteiübergreifenden Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“ im Jahr 1972.

Es gibt mittlerweile auch bundesweit einen Verband, der sich dafür einsetzt, dass die Menschen besser vor den gesundheitlichen Folgen von allerlei Verkehrslärm, egal ob auf den Straßen oder in der Luft, geschützt werden können. Der Deutsche Ärztetag hat im vergangenen Frühjahr in einem eindringlichen Appell Bund und Länder aufgefordert, die Bevölkerung besser vor dem Fluglärm zu schützen. Das derzeit gültige Fluglärngesetz sei zu novellieren, weil es unter allen Immissionschutzgesetzen die schlechteste Schutzwirkung habe.

Den größten Erfolg erzielte die Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“ mit einem Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, wonach am Flughafen Frankfurt und im Gefolge auch an den anderen größeren und kleineren Airports in Deutschland (also auch in Friedrichshafen-Löwental) Starts und Landungen in den Nachtstunden zwischen 23 Uhr und 5 Uhr verboten sind (Urteil vom 3. April 2012). Auch in der Zeppelinstadt am Bodensee haben sich die umliegenden Bewohner des Regionalflughafens Löwental (auch im benachbarten Meckenbeuren) über die wachsende Zahl von Ausnahmegenehmigungen nach 22 Uhr durch die Stuttgarter Landesregierung empört. Dieses Thema war lange Jahre Inhalt diverser Aktivitäten der Häfler Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“, bei dem sie sich auch von den örtlichen politischen Parteien nicht hinreichend unterstützt gefühlt hatte.

Neben dem Fluglärm arbeitete die Bürgerinitiative in den vergangenen Jahrzehnten wie jetzt auch verstärkt am Thema „Verkehrslärm“, da in vielen Stadtteilen von Friedrichshafen der Lärmpegel von 72 Dezibel erreicht, wenn nicht überschritten wird. Ein Erfolg der Bürgerinitiative ist es deshalb auch, dass entlang der Bundesstraße 31 zwischen dem Tognum-Werk I (MTU) und Fischbach eine Lärmreduzierung mit Hilfe der Einführung einer 30-er-Geschwindigkeitszone wie in Hagnau erreicht werden konnte. Die Bürgerinitiative hat für den gesamten Bereich der Zeppelinstadt eine professionelle Lärmkartierung erstellt.

Der erste Vorsitzende der Bürgerinitiative war übrigens Pfarrer Werner Geiling, der Gemeindepfarrer von der Gut-Hirten-Kirchengemeinde. Er sammelte 6 000 Unterschriften und brachte sogar den Oberbürgermeister Max Grünbeck und den Landrat Martin Herzog dazu, an einem Sternmarsch mit über 3 000 Leuten gegen den Ausbau des einstigen Klein-

und Sportflughafens im Gelände der französischen Kaserne Löwental zu einem größeren Regionalflughafen teilzunehmen, mit einem Sitzstreik auf der Landebahn. Ein weiterer Vorsitzender war Erwin Rilling, der sehr aktiv wurde bei den Planungen für die Bundesstraße 31 – Ost von Eriskirch am Häfler Wohngebiet Kitzenwiese vorbei bis in die Innenstadt, wobei die 4-spurige Straßenplanung auf zwei Spuren zurückgestuft wurde. Im Jahr des Mauerfalls 1989 startete der erste Charterflieger in Löwental, wogegen 3 000 Leute protestierten. Im Jahr 2007 sind in Löwental 5 Starts und Landungen pro Tag genehmigt worden, mit der Option auf „Ausnahmegenehmigungen“ für Landungen nach 22 Uhr. Die Bürgerinitiative bescheinigt übrigens dem Oberbürgermeister Martin Herzog (selber Hobby-Pilot) als einzigem Stadtoberhaupt in den 40 Jahren die größte Sensibilität und Aufmerksamkeit gegenüber dem Fluglärmproblem an den Tag gelegt zu haben.

Der Bundesvorsitzende der Vereinigung gegen Fluglärm, Helmut Breidenbach, war persönlich zur Feier des 40jährigen Bestehens der Häfler Bürgerinitiative an den Bodensee gereist, um **Helge Körber** für sein langjähriges Engagement, seit 13 Jahren Vorsitzender, zu danken. Körber kämpft als Gemeinderatsmitglied und früher auch als Kreisrat aktiv für mehr Maßnahmen zur Lärminderung im Stadtgebiet, besonders gegen den Fluglärm. Und muss sich dabei gegen viele Anfeindungen und Widerstände von der Gegenseite zur Wehr setzen, der Lobby der großen Industrieunternehmen in Friedrichshafen.

Übrigens: Auch ein **Oscar Pauli** war mal Vorsitzender der Bürgerinitiative „Schutz vor Lärm“, von 1986 bis 1989, der frühere SPD-Landtagsabgeordnete in den 70er Jahren, Betriebsratsvorsitzender bei Dornier in Immenstaad und langjähriger SPD-Stadtrat. Sein Nachfolger war **Gerhard Raichle** (ab 1989). Von 1979 bis 1986 war **Dr. Unterricker** Vorsitzender der Bürgerinitiative.

23.11.2012

W.Bernhard

Papier vorgelegt:

„Gestaltung des demografischen Wandels im Bodenseekreis“

Die Kreisräte im Bodenseekreis tagten **im Jahr 2010 im Europapark Rust. Es war eine Klausurtagung.**

Die Atmosphäre muss wohl sehr inspirativ und kreativ gewesen sein. Heraus gekommen ist jedenfalls eine gute Grundlage für die kreispolitischen Schwerpunkte in den nächsten Jahren, nicht nur am Bodensee. Sinn macht das Papier aber nur, wenn es in den einzelnen Sektoren der Kreispolitik weiter vertieft und konkretisiert wird. Die Kreistagsfraktionen haben dieses Papier der Kreisverwaltung schon wiederholt beraten und jetzt am 21. November 2012 in einer öffentlichen Kreistagssitzung verabschiedet. „Die Bürgerschaft muss aktiv in diesen Prozess eingebunden und über die dafür erforderlichen Ressourcen informiert werden“, schreibt Landrat Wölfle.

Die Analyse befasst sich mit den Bereichen Familie und Soziales, Jugend und Bildung, Wirtschaft und Verkehr, Natur und Umwelt, Kultur und Tourismus. Eine wichtige Arbeitsgrundlage für „**Familie und Soziales**“ ist der **Familienentwicklungsplan** des Bodenseekreises, der von der Zeppelin University Friedrichshafen (2009) erstellt worden ist. Eine wesentliche Herausforderung für die Kommunalpolitik ist in diesem Zusammenhang der enorme Anstieg der alleinerziehenden Familien im Bodenseekreis. „In keinem anderen Landkreis in Baden-Württemberg wächst eine höhere Prozentzahl bei **alleinerziehenden Elternteilen** (und zu über 50 % auch in wirtschaftlich angespannten Verhältnissen!) auf“, heißt es in dem Kreis-Papier weiter.

Mit den bestehenden Familientreffs im Bodenseekreis und mit dem Aktionsbündnis für Familien ist man am Bodensee zwischen Überlingen und Kressbronn schon gut aufgestellt, aber wird diese Infrastruktur in den nächsten Jahren ausreichen, zumal ja noch die Hausaufgaben des Ausbaus der Kinderbetreuung (U 3) und des Netzes der Tagesmütter inclusive **Fachkräftemangel** dazu kommen? Neu ist der Gedanke, einen eigenen Preis des Landkreises für „**familienfreundliche Betriebe**“ jährlich einmal zu verleihen. VAUDE in Tettngang-Obereisenbach war viele Jahre das einzige Unternehmen in Bodensee-Oberschwaben mit einem eigenen Betriebskindergarten, jetzt haben erfreulicherweise MTU-Tognum, ZF und EADS Astrium in Immenstaad nachgezogen.

Bei den Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung will der Landkreis mit gutem Beispiel voran gehen und die Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder der Beschäftigten ausbauen, ebenso die Regelungen des Pflegezeitgesetzes für die Mitarbeiter bei akuter Pflegebedürftigkeit eines

Angehörigen offensiv und transparent umsetzen. Gut so! Eine **Pflegeplatz-Börse** soll eingerichtet werden und seit September 2010 gibt es auch einen Pflegestützpunkt im Bodenseekreis, um sich hier Rat und Tat zu holen, wenn in der Familie ein Angehöriger pflegebedürftig geworden ist. Oma- und Opa-Börsen gibt es anderswo auch schon, der frühere **Häfler Oberbürgermeister Jo Büchelmeier** betätigt sich ja schon länger als ehrenamtlicher Call-Opa, wenn Enkelinnen und Enkel beschäftigt werden sollen und die Eltern verhindert sind.

Etwas dünn sind die **Formulierungen zur Inklusion** und zur Fürsorge für Behinderte ausgefallen. Das muss noch detaillierter und konkreter ausgearbeitet werden! Keine Silbe im Bereich **„Familie und Soziales“** zum Thema: **Migration**. Das ist schon fast **skandalös!**

Im 2. Bereich des Papiers geht es um den Sektor **„Jugend und Bildung“**. Hier stellt der Kreistag lakonisch fest, dass wir künftig weniger junge Menschen in unserer Gesellschaft haben werden.

Der Bodenseekreis will jetzt auch eine **„Bildungsregion“** werden wie Freiburg und der Kreis Ravensburg, aber die Lehrkräfte in den Schulen dort sind gar nicht begeistert von dem, was man sich von dem aufwendigen Programm (mit Evaluation!) mal versprochen hat. Immerhin kann man dann einen repräsentativen Report in Hochglanzpapier und vielen bunten Grafiken und Bildern vorlegen. Die Realität in den beruflichen Schulen sind da viel bescheidener aus, wenn man konkret mit den betroffenen Lehrkräften spricht. „Der Bodenseekreis bekennt sich zu seiner Rolle als Schulträger insbesondere der beruflichen Schulen, aber auch der Förderschulen“, reklamiert das Papier beschwichtigend. Immerhin: Schluckzessive sollen vor allen Dingen die naturwissenschaftlich-technischen Labors und Werkstätten an den Berufsschulen ausgebaut werden, mit Hilfe eines „Fünf-Jahres-Plans“.

Angesprochen wird auch die hohe Quote der **Schulabbrecher am Bodensee**, sie ist jedenfalls höher als der Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg. „Wir müssen versuchen, diese Quote zu senken“, verlangen die Kreisräte.

Gefördert werden soll auch die Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen. Wie? Leider Fehlanzeige. **Wieder mit einem „Fünf-Jahresplan?“** Und die Migration? Kommt jetzt in diesem Bereich **„Jugend und Bildung“** vor. Die Kreisräte erwarten **von den Migranten-**

Familien ein klares Bekenntnis zur deutschen Sprache und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung! Für die Schüler mit Migrationshintergrund sollen mehr ehrenamtliche Lernbegleiter, mehr Stütz- und Förderkurse angeboten werden. nach dem Motto „Auch du kannst es schaffen!“ Von dem Programm **„0% Jugendarbeitslosigkeit im Kreis“** hat man schon lange nichts mehr gehört. Absicht des Bodenseekreises ist es, nach dem Beispiel anderer Landkreise eine Stelle einzurichten für einen **„Kreisjugendpfleger“**. Man hat festgestellt, dass der Bodenseekreis in der Familienförderung gut aufgestellt sei, in der Jugendförderung aber zurückliegt. Stichworte in diesem Kapitel sind außerdem **„Senioren-Uni“**, Betriebspartnerschaften zum betriebsübergreifenden Lernen, betriebliches Gesundheitsmanagement sowie das Programm **„Learn und Leisure“**....? Wo liegt mein Wörterbuch?

„Wirtschaft und Verkehr“, ist der 3. Sektor in dem Papier umschrieben. Die Agenda in Sachen Verkehrspolitik braucht hier nicht wiederholt zu werden, das steht alles im Nahverkehrs-Plan des Bodenseekreises in aller Ausführlichkeit drin. Der Bodenseekreis will den Ausbau regenerativer und alternativer Energiegewinnung vorantreiben und die flächendeckende **Breitbandverkabelung** in Leer-Rohren garantieren. Bei der Fortschreibung der Flächennutzungspläne und Regionalpläne soll die interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden. **Maschinenbau und die Kraftfahrzeug-Zuliefererindustrie** sind die wichtigsten Arbeitgeber im Bodenseekreis. Ach ja? Nicht die Humandienstleistungen wie im Landesbereich an 1.Stelle der Arbeitsplätze? Und der Fachkräftemangel? Der Landkreis unterstützt dafür die Firmenberatung „Perspektive 50Plus“ zugunsten einer demografie-festen Personalpolitik. Geschaffen werden sollen Projekte, die sich im tertiären Bildungsbereich den Zukunftstechnologien widmen, also Luft- und Raumfahrttechnik sowie die **Elektromobilität**.

Zum Thema **„Natur und Umwelt“** wollen die Kreisräte das Umweltbewusstsein etwa bei der Schuljugend stärken und allüberall das „Beschaffungswesen“ ökologisieren. Optimierung des Energieverbrauchs ist angesagt, das Frackingverfahren zur neomodischen Rohstoffgewinnung mit Schiefergasbohrungen wie in Virginia und North-Dakotha/USA ist im größten Trinkwasserspeicher Europas, also dem Bodensee, absolut tabu. Das Bewusst-

sein für heimische Erzeugnisse in der Landwirtschaft soll gefördert werden, mit Initiativen wie etwa „Linzgau Korn“ und „Lernort Bauernhof“ sowie einer Internetplattform für selbstvermarktende Betriebe. Der Flächenverbrauch, erst recht in Ufernähe, soll nachhaltiger in Schranken gehalten werden. Die OEW als Anteilseigner des baden-württembergischen EnBW-Stromkonzerns will für einen baldmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft sorgen und die Förderung regenerativer Energien voranbringen.

Im letzten Kapitel „**Kultur und Tourismus**“ beschwört der Bodenseekreis die Jahrtausend Jahre alte Kulturlandschaft in der Bodenseeregion. Dies weiter zu pflegen und zu fördern, gelingt auch durch den einen oder anderen Goldtaler aus der Schatztruhe der OEW. Die Kreiskunststammlung soll verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, auch durch dauerhafte Ausleihe an diverse Einrichtungen im Landkreis. Fortsetzen will man die Mundart-Veranstaltungsreihe „**So schwätzed d Seehase**“.

Auf die Schaffung einer weiteren subventionsheischenden Tourismus-Marketing-Lobby soll hier nicht weiter eingegangen werden, überflüssig wie ein Kropf! Dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, ist auch nichts Neues.

Weihnachtsmärkte und Dorftheater sollen verstärkt Touristen in den Wintermonaten an den See locken, heißt es in dem Papier. Der Landkreis „bekennt sich“ zum Internationalen Bodenseefestival und zum Jahrbuch „Leben am See“. Der letzte Satz in dem Papier geht so: „**Wir sind ganz oben im Süden!**“ Na dann...
28.11.2012 W.Bernhard

Alina Wirbatz neue Vorsitzende der Jusos Bodenseekreis

Zur neuen Vorsitzenden der Jusos im Bodenseekreis wurde in der jüngsten außerordentlichen Mitgliederversammlung der Jusos die Meersburger Schülerin **Alina Wirbatz** einstimmig als Nachfolgerin Leon Hahns gewählt, der sich zukünftig auf sein Amt als stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos konzentrieren will.

Das Amt des Kassierers wurde mit Manuel Rudolf neu besetzt. Maximilian Locher wurde ebenfalls einstimmig zum neuen stellv. Vorsitzenden gewählt und Ann-Kathrin Bauer zog als neue Beisitzern in den Vorstand ein.

Karl-Heinz König

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung

14.01.2013 Immenstaad

Kreisdelegiertenkonferenz (KDK)

Freitag, 25.01.2013

17:30 Uhr - 20:00 Uhr

Ort: Festhalle FN-Fischbach

Bei dieser KDK mit Neujahrsempfang werden die Delegierten für den Listenparteitag am 02.03.2013 gewählt.

Bildungsministerin **Gabriele Warminski-Leitheußer** wird um 19:00 Uhr erwartet.

Es werden **5 Sonderdelegierte** gewählt.

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 10.01.2013

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Seehof Restaurant, FN, Olgastr. 6

Mitgliederversammlung

Freitag, 18.01.2013

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Zeppelin Dorfkrug FN

Wahl der Kreisdelegierten und Delegierten für den Landeslistenparteitag und "aktuelle Themen der SPD-Kreistags- und Gemeinderatsfraktion".

OV Langenargen:

am 06. Januar 2013 findet das traditionelle

DREIKÖNIGSTREFFEN

um **16.00 Uhr im Münzhof** statt!

Referent wird sein:

Peter Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

OV Meersburg:

Donnerstag, 10.01.2012

Mitgliederversammlung: Delegiertenwahl

Gutsschänke

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Der Rorschacher altNationalrat Fredi Alder (SP) zum Präsidenten der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI) gewählt

Bei der jüngsten Versammlung der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI), gegr. 1902 in Bregenz ist der Rorschacher altNationalrat Fredi Alder turnusgemäß zum Präsidenten der seit 1902 bestehenden Organisation der Sozialdemokraten gewählt worden. Alder dankte seiner Vorgängerin, der Bludenzer SPÖ-Politikerin Olga Pircher, für ihre Verdienste um die Politisierung der Energiewende und der Frauenrechte in der Bodensee-Internationale.

Wiederholt habe die SBI in den vergangenen Monaten auch über die strittige Abgeltungssteuer und über die Regelungen zur Abwehr von Steuerhinterziehung in den anhängigen Abkommen mit Deutschland, Österreich und Großbritannien debattiert. Einzelne SPD-Politiker am nördlichen Ufer des Bodensees hätten sich deutlich von dem befremdlichen und bisweilen geschwundenen Geist guter Nachbarschaft mit der Schweizer Republik auf Seiten mancher Berliner Politiker in der Debatte um das Steuerabkommen distanziert. Der neue SBI-Präsident stellte andererseits klar: „Wenn ein Staatswesen stark sein will, bei der Sicherung des Rechtsstaates ebenso wie bei der sozialen Sicherung von gering Verdienenden, dann darf er nicht finanziell geschwächt werden durch Steuerbetrug.“ Eines der Dossiers, mit



mit denen sich die Bodensee-Internationale der Sozialdemokraten im nächsten Jahr intensiver befassen will, ist das neue Bodensee-Leitbild der Regierungschefs der See-Anrainer in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) mit den Schwerpunkten Verkehrs- und Umweltpolitik. Auch die Anliegen der Arbeitspendler in der Vierländerregion am See seien immer wieder Anlass für Gespräche in der SBI, heißt es. Bei der SBI-Zusammenkunft in der SPÖ-Landesgeschäftsstelle in Bregenz diskutierten die anwesenden Aktivisten- unter ihnen die Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger (SPÖ) und Hans-Peter Storz (SPD) über einen Entwurf zu einer neuen SBI-Satzung und über das Jahresprogramm 2013.

Im März tagt in Romanshorn (im Museum am Fährhafen) die Frühjahrs-Versammlung der SBI zum Thema „Starker Staat- starke soziale Sicherung“. Die Herbstversammlung im Oktober im Montafon ist dem Thema „Energiewende in der Bodenseeregion“ gewidmet. Im September verleiht die SBI mit Unterstützung der SP-Nationalrätin Hildegard Fässler wieder den „Prix Wasserfrau“ für ein beispielhaftes Projekt zur Frauengleichstellung. Vorbereitet werden soll ebenso ein besseres Marketing für den „Schwabenkinderweg“ von den Alpenregionen in Südtirol und Graubünden bis nach Oberschwaben, um dem vielfach gehuldigten „Jakobsweg“ in Spanien etwas entgegen setzen zu können.

Im Übrigen strebt die Bodensee-Internationale einen Beobachterstatus im alle zwei Jahre stattfindenden Kongress der Sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Ländern (SPE) an.

27.11.2012

W. Bernhard



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Innerrhoden



SP sagt JA zum Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal

Die St.Galler SP sagt JA zum Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal.

Innovation ist der Schlüssel zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und des Wohlstands im Kanton. Deshalb setzt sich die SP mit Überzeugung für das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal ein, über welches die St.Galler Stimmbevölkerung am 25. November abstimmt. Der Beitrag des Kantons St.Gallen an die Betriebskosten ermöglicht eine nachhaltige Stärkung des Werkplatzes Rheintal.

Das «RhySearch» ist eine interdisziplinäre Institution für Mikrosystemtechnik, Produktionsmesstechnik, Energiesysteme und technologieorientiertes Unternehmertum mit Sitz in Buchs. Ihre Aktivitäten orientieren sich an den Anforderungen der Industrie und verbinden anwendungsorientierte Forschung mit der praktischen Umsetzung. Die Institution bietet in vorbildlicher Weise gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen einen einfachen und schnellen Zugang zu modernsten Technologien.

St.Gallen, 12. November 2012 Weitere Auskünfte:

- Monika Simmler, Parteipräsidentin
- Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Parolen der SP Kanton St.Gallen zur Volksabstimmung vom 25. November:

JA zum Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal

JA zur Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes (TSG)

Pensionskasse darf nicht zum Politikum werden

Die Kantonsratsfraktion SP-Grüne hat sich in Rapperswil-Jona in den Räumlichkeiten der Technischen Hochschule Rapperswil auf die Novembersession vorbereitet. Haupttraktanden waren der Voranschlag 2013 sowie das Gesetz über die St.Galler Pensionskasse. SP und Grüne lehnen die geplanten Lohnkürzungen beim Personal ab und fordern Massnahmen, damit die Pensionskasse auf solider Basis in die Selbständigkeit entlassen werden kann.

Die Zusammenführung und Verselbständigung der Versicherungskassen des Staatspersonals und der Lehrpersonen wurde intensiv diskutiert. Dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat stimmen SP und Grüne nur unter der Bedingung zu, dass die Besitzstandswahrung gewährleistet wird. Der Primatswechsel darf nicht dazu führen, dass das finanzielle Risiko inskünftig allein bei den Versicherten liegt. Das Konstrukt der Arbeitgeberreserve und der mögliche Bezug von Überschüssen zu Gunsten einer Arbeitgeberreserve, würden dazu führen, dass der Pensionskasse wichtige Reserven entzogen würden. Künftige Sanierungen müssten dann vollständig von den Versicherten getragen werden. Für die SP-Grüne Fraktion ist das nicht hinnehmbar. Sie fordert, dass der Kanton die Ausfinanzierung mit einer Einmaleinlage sicherstellt, wie es andere Kantone und Städte ebenfalls tun.

Um auch künftig von einer guten Basis ausgehen zu können, müsste von einem realistischen technischen Zinssatz von 3 und nicht wie von der Regierung vorgeschlagen von 3.5 Prozent sowie einer Realverzinsung von 1.5 statt 2 Prozent ausgegangen werden. Pensionskassenexperten stützen diese Forderung. Leider wurden in der vorberatenden Kommission sämtliche Anträge der SP-Grüne-Fraktion abgelehnt, welche die Situation der Pensionskasse nach der Verselbständigung verbessern würden.

Pensionskasse darf nicht wieder zum Politikum werden

Den Antrag der vorberatenden Kommission, dass Leistungsverbesserungen einer Genehmigung des Kantonsrates bedürfen, lehnt die SP-Grüne-Fraktion entschieden ab. Denn da-

mit wäre der Stiftungsrat nicht mehr oberste und verantwortliche Instanz und die Versicherten müssten Sanierungsmassnahmen oder Anpassungen an die Demografie wohl vollständig selber berappen. Die Fraktion bezweifelt, ob dieses Vorgehen überhaupt mit Bundesrecht kompatibel ist.

SP und Grüne machen die Zustimmung zur Pensionskassenvorlage davon abhängig, ob die Leistungsziele gemäss Vorschlag der St.Galler Regierung definiert werden. Die Sicherstellung der Leistungsziele darf nicht von der Gnade des Kantonsrates abhängen.

Nein zur Lohnsenkung für das Staatspersonal

Der eindrückliche Protest von 5'000 Staatsangestellten am vergangenen Donnerstag bestärkt die SP-Grüne Fraktion in ihrer Haltung, dass die erneute Verschlechterung der Anstellungsbedingungen nicht hingenommen werden kann. Die Fraktion lehnt die Lohnsenkung von 1.5 Prozent entschieden ab. *„Die Lohnsenkung reiht sich ein in eine Folge von Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen und das ist für die Angestellten höchst demotivierend. Damit gute Mitarbeitende nicht abwandern, müsste der Kanton seine Anstellungsbedingungen verbessern“*, sagt SP-Kantonsrätin **Maria Huber**.

Steuerfusserhöhung ist notwendig

Eine Erhöhung des Staatssteuerfusses per 2013 ist zwar ungerecht aber unumgänglich. Während in der Vergangenheit bei den massiven Steuergeschenken Reiche und Unternehmen bevorzugt wurden, trifft die neue Steuerfusserhöhung leider alle Steuerzahlenden gleich. SP und Grüne werden der Erhöhung des Staatssteuerfusses trotzdem zustimmen. Denn alternative Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmeseite wollten SVP, FDP und CVP in der Septembersession leider nicht einmal diskutieren. *„Auf der Aufwandseite besteht kein Handlungsspielraum mehr. Weitere Kürzungen würden einen krassen Abbau bei den staatlichen Leistungen bedeuten. Dass die bürgerlichen Parteien kein weiteres Sparpotential aufzeigen können, zeigt, dass es zur Steuererhöhung leider keine Alternative gibt“*, sagt SP-Kantonsrat und Mitglied der Finanzkommission **Felix Gemperle**.

Ja zum Bibliotheksgesetz

Die SP-Grüne Fraktion hat an ihrer Sitzung auch die Bibliotheksinitiative und den Gegen-

vorschlag dazu beraten. Die Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag zur Initiative, welcher eine gelungene Umsetzung der Anliegen der Initianten ist. Im Falle einer Ablehnung oder substanzieller Veränderungen des Gesetzes, würde die Fraktion SP-Grüne jedoch der Initiative den Vorzug geben.

Rapperswil, 17. November 2012 Weitere Auskünfte:
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Einfache Anfrage

Sozialpädagogische Grossfamilien

Bis Ende August 2012 fand die Vernehmlassung zum Entwurf der neuen Pflegekinderverordnung des Kantons St.Gallen statt. Einige Punkte werden eine deutliche Verbesserung bringen, aber zu zwei wichtigen Punkten erwächst Kritik, weil sie fachlich fragwürdig sind und aus finanziellen Gründen zu Fehlentscheidungen führen könnten.

Im Kanton St.Gallen haben professionelle Pflegefamilien (Heil- und sozialpädagogische Grossfamilien – Heimtyp BJ 16, etc.) eine lange und sehr erfolgreiche Tradition. Mit der neuen Pflegekinderverordnung soll diese professionelle Einrichtung nun weitestgehend ausgeschaltet werden. In der Praxis heisst das, dass in den erwähnten Einrichtungen die tatsächlichen Kosten für die Betreuung nicht mehr durch die Sozialversicherungen kostendeckend finanziert werden, sondern nur noch die Kosten für die Betreuung in einem Privathaushalt angerechnet werden. Diese Vergütung ist wesentlich tiefer. Die darüber hinausgehenden Kosten müsste die öffentliche Sozialhilfe tragen. Die professionellen Pflegefamilien wären damit den Heimen gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig.

Ich bitte deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

Teilt die Regierung die Meinung, dass die heil- und sozialpädagogischen Pflegefamilien unverzichtbare Einrichtungen sind und aus fachlichen und finanzpolitischen Gründen nicht abgeschafft werden dürfen?

Kennt die Regierung die Ergebnisse der Studie der Hochschule Luzern, wonach im Kanton St. Gallen der Bedarf am Heimtyp BJ 16 ausgewiesen ist?

In den Schlussbestimmungen des Pflegekinderordnungsentwurfs wird darauf verwiesen,

dass in der Verordnung für Kinder- und Jugendheime neu festgehalten werde, dass die Betreuung der Kinder und Jugendlichen „ausserhalb des privaten Haushalts“ erfolgen müsse.

Diese Bestimmung steht in völligem Gegensatz zum zentralen Grundsatz professioneller / semiprofessioneller Pflegefamilien (Heilpädagogischer Grossfamilien), wonach mit den zu Betreuenden das Leben zu teilen ist. Kann davon ausgegangen werden, dass dieser Passus nach der Vernehmlassung wieder gestrichen wird?

Wenn nein: Wie verhindert die Regierung, dass durch die neue Vergütungssituation Kindern und Jugendlichen nicht mehr primär nach fachlichen Kriterien, sondern aufgrund finanzieller Überlegungen erfolgen wird? Würde das nicht bedeuten, dass zusätzliche Zuweisungen an Institutionen vorgenommen werden, welche über eine Heimbewilligung verfügen, da hier die volle Finanzierung in der Regel durch die Sozialversicherungen gewährleistet ist und damit keine Belastung der öffentlichen Sozialhilfe stattfindet?

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass private Pflegefamilien statt wie bisher 2 neu bis zu 5 Kinder und Jugendliche aufnehmen können. Diese Erhöhung der möglichen Anzahl der zu Betreuenden ignoriert, dass die Anforderungen an die Pflegenden stark gewachsen ist und ohne professionellen Ausbildungshintergrund eine Überforderung eintreten kann, was zu vermehrten Umplatzierungen führt.

Teilt die Regierung die Meinung, dass die Regelung von bis zu 5 zu Betreuenden ungeeignet ist und ist deshalb bereit, diese Zahl auf max. 3 zu reduzieren?

St.Gallen, 19. November 2012 Weitere Auskünfte:
Agnes Haag, Kantonsrätin St.Gallen

SP Kanton St.Gallen unterstützt Referendum gegen Asylgesetzrevision

Der Parteivorstand der kantonalen SP hat beschlossen, das Referendum gegen die Asylgesetzrevision zu unterstützen. Zum Entscheid geführt hat, dass mit der Abschaffung des Botschaftsasyls und mit dem Ausschluss des Fluchtgrundes der Desertion mittels dringlichem Bundesbeschluss ein gravierender Angriff auf das Asylrecht und damit auf den Schutz vor Verfolgung be-

schlossen worden ist. Weiter fordert die SP ein Umdenken bei der kantonalen Finanzpolitik und das Rückgängigmachen beider Steuergeschenke.

An der nächsten Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Dezember 2012 in Thun wird die Diskussion über das Referendum gegen das Asylgesetz geführt. Der Parteivorstand der SP hat gestern Abend in St.Gallen diskutiert, wie sich die Kantonalpartei zum Referendum stellt.

Ein gravierender Angriff auf das Asylrecht
Kantonsrätin Bettina Surber machte sich für die Unterstützung des Referendums stark. Surber kritisierte, dass das Asylgesetz immer weiter verschärft wird und zu einer Kriminalisierung der betroffenen Personen führt. Die Abschaffung des Botschaftsasyls sei ein grosser Fehler. Die Möglichkeit, auf einer Schweizer Vertretung im Heimatland ein Asylgesuch stellen zu können, erlaubt es Menschen, Schutz vor Verfolgung zu suchen und nach der Gutheissung des Gesuchs auf sicherem Weg in die Schweiz einreisen zu können. „*Gerade für die Hilflosesten unter den Schutzbedürftigen, namentlich Frauen und Kinder, führt die Abschaffung des Botschaftsasyls dazu, dass sie eine gefährliche Reise mit organisierten Schlepperbanden unternehmen müssen*“, so Surber.

Referendum Ja, aber nicht jetzt!

Kantonsrat Dario Sulzer verwies darauf, dass nicht nur das Präsidium der SP Schweiz, sondern auch anerkannte Fachorganisationen wie Amnesty International oder die Schweizerische Flüchtlingshilfe das Referendum nicht unterstützen. Auch für Sulzer überwiegen in der Gesamtbeurteilung der vorliegenden Revision klar die negativen Punkte. Er gab aber zu bedenken, dass wir allein im nächsten Jahr mit fünf weiteren Vorlagen konfrontiert werden, die Verschärfungen beinhalten und von der SP bekämpft werden müssen. „*Es wird ein Referendum brauchen. Aber nicht jetzt*“, ist Sulzer überzeugt.

Nach einer lebhaften aber konstruktiven Diskussion beschlossen die Delegierten mit Zweidrittelmehrheit, das Referendum gegen die Asylgesetzrevision zu unterstützen.

Bürgerliche Parteien sollen Verantwortung übernehmen

Nicht nur in der Asylpolitik, auch in der kantonalen Finanzpolitik, braucht es weiterhin den vollen Einsatz der SP. Faktionspräsident Peter

Hartmann informierte die Anwesenden über die finanzielle Lage des Kantons.

Die bürgerliche Mehrheit hat in den letzten Jahren wiederkehrend Geld an Reiche, Unternehmen und an die Gemeinden umverteilt. So hat man dem Kanton die notwendigen finanziellen Mittel entzogen. Nun fehlen pro Jahr 550 Mio Franken auf der Einnahmeseite. Aus diesem Grund folgt jetzt Sparpaket um Sparpaket. Aber auch die Finanzkommission findet auf der Ausgabenseite keine neuen Einsparungen mehr. Hartmann kritisierte das Verhalten der Regierung: *„Die Regierung sollte nicht weiter den Kopf hinhalten und die Federführung an den Kantonsrat abgeben. SVP, FDP und SVP sollen zeigen, wo sie konkret staatliche Leistungen abbauen wollen.“*

St.Gallen, 20. November 2012 Weitere Auskünfte:

- Monika Simmler, Parteipräsidentin
- Dario Sulzer, Politischer Sekretär

SP-Grüne-Kantonsratsfraktion

Der Kanton stiehlt sich aus der Verantwortung

Die vom Kantonsrat beschlossene pauschale Kürzung beim Personalaufwand wird schwerwiegende Folgen haben. Die Arbeitsbedingungen für das Staatspersonal werden sich weiter verschlechtern und es wird zu Entlassungen kommen. Das aktive Personal wird auch bei kommenden Sanierungen der Pensionskasse zur Kasse gebeten werden. Leider waren Regierung und Kantonsrat nicht bereit, mit entsprechenden Massnahmen die Pensionskasse auf einer soliden Basis in die Selbständigkeit zu entlassen. Die SPGrüne-Fraktion bedauert auch die Verschlechterungen beim Bibliotheksgesetz. Mit der Initiative ist der Kanton nun wohl besser bedient.

Die Budgetdebatte hat einmal mehr gezeigt, wie schwer sich der Kantonsrat tut, wenn es um neue Einsparmöglichkeiten auf der Ausgabenseite geht. *„Es hat kein Fleisch mehr am Knochen“*, sagte Fraktionspräsident Peter Hartmann treffend. Weil von SP und Grünen vorgeschlagene Massnahmen auf der Einnahmeseite im Rat keine Mehrheit fanden, hat die Fraktion einer weiteren Erhöhung des Steuerfusses um 10 Prozent zugestimmt.

Es wird Entlassungen geben

Die SP-Grüne-Fraktion ist erleichtert, dass die Lohnkürzung von 1,5 Prozent für das Staats-

personal vom Tisch ist. Die Kürzung der Personalkosten pauschal um 1 Prozent hingegen ist sehr enttäuschend. Die jetzt beschlossene Massnahme wird für das Personal gravierende Auswirkungen haben. Kündigungen werden unvermeidlich sein. Die bürgerlichen Parteien haben klar gemacht, was sie von der Kundgebung der 5'000 Angestellten des Kantons halten – nämlich gar nichts. In der Sondersession im Juni wird das Personal mit neuen Sparmassnahmen zu rechnen haben. Mit Spannung erwartet die SP-Grüne-Fraktion die Sparvorschläge der bürgerlichen Parteien. Ohne massiven Abbau bei den Leistungen des Kantons wird es nicht gehen.

Der Kanton stiehlt sich aus der Verantwortung

Die Anträge der SP-Grüne-Fraktion, welche die Situation der Pensionskasse verbessert hätten, wurden vom Rat abgelehnt. Der Kanton entzieht sich damit seiner Verantwortung. Mit der Belassung des technischen Zinssatzes auf 3.5 und der Realverzinsung auf 2 statt 1.5 Prozent, müssen die künftigen finanziellen Lasten nun allein von den aktiv Versicherten getragen werden. Dass die Regierung kein wirkliches Interesse hat, die Kasse in einem guten Zustand in die Selbständigkeit zu entlassen, zeigte die Äusserung von Regierungsrat Gehrler, wonach der Kanton so wenig wie möglich in die Pensionskasse einschliessen solle – im Interesse der Arbeitgeber.

Glücklicherweise ist der Rat nicht dem Vorschlag der Kommission gefolgt, wonach Leistungsverbesserungen, die zu höheren Beiträgen führen, vom Kantonsrat hätten genehmigt werden müssen. Die angenommene Anpassung, welche eine Mitsprache des Rates bei der Verbesserung des Leistungsziels verlangt, ist aus Sicht der SP-Grüne-Fraktion die weniger schlechte Variante. Für SP und Grüne ist klar: Die Generationensolidarität wird überbeansprucht. Der Kanton hat die Versichertengelder der Pensionskasse in der Vergangenheit immer als sein Vermögen betrachtet und hat Teile der Gewinne jahrelang abgeschöpft, bis das Bundesgericht die Rückführung der Gelder verlangte. Jetzt wird den Arbeitnehmenden nicht nur das letzte Pfand, nämlich das Leistungsprimat, aus der Hand genommen, die Angestellten und Lehrpersonen werden sich wohl sehr bald auch an der Sanierung der Kasse beteiligen müssen.

Das Bibliotheksgesetz wurde massiv verschlechtert

Bereits im Vorfeld der Session hat die SP-Grüne-Fraktion kommuniziert, dass sie den Gegenvorschlag zur Bibliotheksinitiative unterstützt, sofern das Gesetz keine substanziellen Änderungen in der Beratung im Kantonsrat erfährt. Mit der von der FDP eingebrachten Ergänzung, dass die Gemeinden „frei über Umfang, Ausgestaltung sowie Art und Weise der Aufgabenerfüllung“ entscheiden sollen, erfuhr der Gegenvorschlag jedoch eine massive Verschlechterung. „Der Gegenvorschlag zur Bibliotheksinitiative ist von SVP und FDP zerzaust und verschlechtert worden, was bestimmt nicht im Sinne der Initianten ist. Ich bin überzeugt, dass das Volk bei der Abstimmung der Initiative den Vorzug geben wird.“, so Grüne-Kantonsrätin Franziska Wenk.

Die SP-Grüne-Fraktion begrüsst die Zustimmung zum neuen Fischereizentrum in Steinach und das Ja zur Durchmesserlinie Appenzell-St. Gallen-Trogen ein. Die Durchmesserlinie verbessert die Erreichbarkeit des Stadtzentrums und die Sicherheit, indem gefährliche Bahnübergänge aufgehoben werden.

St.Gallen, 28. November 2012 Weitere Auskünfte:
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident



DURCHGESETZT!

SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch:

„MindestsicherungsbezieherInnen bekommen den Heizkostenzuschuss.“

„Nach einem wirklich langen Kampf und unzähligen Diskussionen ist es uns endlich gelungen, die ÖVP dazu zu bewegen, dass der Heizkostenzuschuss auch für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung ausbezahlt wird. Damit gibt es im Land Vorarlberg eine Ungerechtigkeit weniger. Wir waren nämlich von Anbeginn der Meinung, dass den Ärmsten der Armen dieser Zuschuss für eine warme Wohnung im Winter zustehen muss“, freut sich SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch über das Einlenken der ÖVP.

In Zukunft werden demnach zumindest 150,-Euro Heizkostenzuschuss an Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher auf Antrag ausbezahlt. Können die Mindestsicherungsbe-

zieherinnen und –bezieher nachweisen, dass ihr Aufwand für das Beheizen höher als 150,-Euro ist, wird der darüber hinausgehende Betrag bis zu einer Gesamthöhe von 250,- Euro erstattet. „Der Nachweis für die darüber hinausgehenden Kosten ist relativ einfach. Jene Personen, die einen Antrag stellen, müssen nur die Öl-, Holz- oder Stromrechnungen mitbringen“, schließt der SPÖ-Clubobmann.

SPÖ-Express 14.11.2012

Pensionisten müssen hohe Zahlungen an deutsche Finanz entrichten

LGF Einwallner kritisiert Finanzministerin Fekter

Seit geraumer Zeit bekommen österreichische Pensionisten Briefe vom deutschen Finanzamt, wenn sie irgendwann ab 2005 im Nachbarland gearbeitet haben. Dabei handelt es sich um Forderungen nach Steuernachzahlung, die teilweise beträchtlich ausfallen können. Die Grundlage dafür ist das Doppel-Besteuerungs-Abkommen der EU. Die SPÖ Vorarlberg kritisiert, dass Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) hier bisher nicht gehandelt hat. „Die Forderungen der deutschen Finanz sind teilweise existenzbedrohend. Gerade Personen mit kleinen Pensionen sind davon besonders hart betroffen. Von Finanzministerin Fekter hört man dazu allerdings nichts. Viel zu sagen hat sie nur dann, wenn es darum geht, kranke Menschen aufgrund ihrer Invaliditätspension zu beleidigen. Wer aber wegen bürokratischen Maßnahmen nach einem langen Arbeitsleben in eine missliche Lage kommt, darf nicht auf ihre Hilfe hoffen“, zeigt sich Reinhold Einwallner, Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg, verständnislos.

Ein Vorarlberger Problem

Durch die Struktur des Arbeitsmarktes im Bodenseeraum sind besonders viele Vorarlberger von den Nachzahlungen betroffen. Einwallner fordert Landeshauptmann Wallner dazu auf, seine Parteikollegin Maria Fekter zum Handeln zu bewegen. „Landeshauptmann Wallner sollte noch heute zum Telefonhörer greifen und auf Maria Fekter einwirken. Weder die deutschen noch die österreichischen Behörden leisten irgendeine Art von Unterstützung für die vielen Pensionisten, die von den Nachzahlungen betroffen sind. Sie werden alleine gelassen. Weil

viele davon Vorarlberger sind, ist das auch ein Vorarlberger Problem.“

Für eine schnelle Lösung

Der Sozialdemokrat erhofft sich eine schnelle und unkomplizierte Lösung im Sinne der Betroffenen: „Auch wenn das für die Finanzministerin eine fremde Welt sein muss: Wer mit seiner Pension gerade einmal die Lebenshaltungskosten abdecken kann und gleichzeitig mit Forderungen von ein paar tausend Euro konfrontiert ist, hat nicht die Zeit, zu warten. Eine Lösung muss her – und zwar sofort.“

SPÖ-Express 21.11.2012

Caritas-Umfrage bestätigt SPÖ-Forderungen

SPÖ-Landesgeschäftsführer Einwallner fordert soziale Gerechtigkeit

Eine neue Studie der Caritas weist auf die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in Vorarlberg hin. Unter anderem sind die hohen Wohnkosten und das niedrige Durchschnittseinkommen von Frauen dafür verantwortlich. Die SPÖ sieht in diesem Ergebnis eine Bestätigung ihrer Forderungen. „Das Auseinandergehen der sozialen Schere ist schon länger offensichtlich. Frauen werden viel schlechter bezahlt als in anderen Bundesländern und die Wohnkosten sind außergewöhnlich hoch. Darum sind uns der Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus, ein Mindestlohn von 1.500 € und die Millionärsabgabe so wichtige Anliegen“, erklärt Reinhold Einwallner, Geschäftsführer der SPÖ Vorarlberg.

ÖVP muss agieren statt blockieren

Die ÖVP hat diese Forderungen immer blockiert, kritisiert der Sozialdemokrat. Die Landesregierung ist damit einmal mehr zum Handeln aufgefordert: „Hier geht es nicht mehr um eine abstrakte parteipolitische Frage. Denn die Not vieler VorarlbergerInnen ist konkret. Für die ÖVP muss es jetzt heißen: Agieren statt blockieren.“ Einwallner meint damit etwa die ablehnende Haltung des Landshauptmanns bei der Millionärsabgabe. Oder auch die Tatsache, dass es in fast der Hälfte der Vorarlberger Gemeinden noch keine gemeinnützigen Wohnungen gibt. „Hier muss man einfach nur die Ärmel hochkrempeln und arbeiten“, so Einwallner.

Umdenken bei sozialer Gerechtigkeit erforderlich

Bisher war er wenig zuversichtlich, was ein Einlenken der ÖVP angeht. Weil sich aber auch in der Diskussion zur gemeinsamen Schule immer mehr ÖVP-FunktionärInnen zu einer eigenständigen Meinung durchringen, schließt Einwallner auch bei der sozialen Gerechtigkeit ein Umdenken innerhalb der Volkspartei nicht aus: „Im ‚Familienland Vorarlberg‘ müssen viele Familien die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Da regt sich hoffentlich auch im Herz der ÖVP-PolitikerInnen im Land etwas.“

SPÖ-Express 29.11.2012

Infos

Vier Jahre Regierung Faymann

Am 2. Dezember 2008 wurde die SPÖ-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Werner Faymann angelobt. Die letzten vier Jahre waren international von einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrisen geprägt. Österreich ist dabei vergleichsweise gut durch diese Krise gekommen. Unser Land gilt international als besonders verlässlich und stabil. Denn vieles ist gelungen in diesen vier Jahren:

- Niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa
- Bei Jugendbeschäftigung unter den Besten Europas
- Sozial ausgewogene Budgetkonsolidierung
- Trendwende bei vermögensbezogenen Steuern
- Mehr Kontrolle für Finanzmärkte und Banken
- Milliarden-Investitionen in Bildung & Forschung
- Gesundheits- und Sozialstandards wurden ausgebaut

Auch auf europäischer Ebene kämpft Bundeskanzler Werner Faymann für mehr Verteilungsgerechtigkeit. So hat er sich als einer der ersten EU-Regierungschefs massiv für die **Finanztransaktionssteuer** eingesetzt. Nun wird sie Realität. Das zeigt: Viele Probleme können heute nicht mehr allein in den einzelnen Staaten gelöst werden. Die Zukunft Europas liegt im gemeinsamen Kampf für Stabilität, für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit.

PS: In diesem **PDF** finden Sie eine Zusammenstellung der wichtigsten Reformen der Regierung Faymann aus 2012 sowie eine Übersicht über die zentralen Erfolge sozialdemokratischer Regierungsarbeit in den letzten vier Jahren.

Eine detaillierte Zusammenstellung aller wichtigen Gesetze und Reformen von 2008 bis 2012 gibt es außerdem im Web unter:

www.bilanz.spoe.at

SPÖ-Express 06.12.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in
der SPD Kreisverband Biberach



Wir haben lange dafür gekämpft – Wahlrecht ab 16 kommt!

Mit Freude nehmen die Jusos vom Kreisverband Biberach zur Kenntnis, dass die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der Kommunalwahl noch im Laufe der aktuellen Grün-Roten Legislaturperiode umgesetzt wird. Der Juso-Kreisvorsitzende Simon Özkeles erklärt dazu: „Es macht uns stolz, dass unsere seit vielen Jahren bestehende Forderung, nach der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nun unter unserem Innenminister Reinhold Gall (SPD) in die Tat umgesetzt wird. Es ist dem Druck aller Jusos in Baden-Württemberg zu verdanken, dass bereits bei der Kommunalwahl 2014 auch Jugendliche unter 18 Jahren an der Wahl teilnehmen können.“

Die Jusos Kreis Biberach erhoffen sich durch die Absenkung des Wahlalters ein größeres politisches Interesse und Engagement bei den jungen Menschen. „Wir haben oft bemängelt, dass auf der einen Seite von Jugendlichen mehr politische Aktivität eingefordert wird, auf der anderen Seite für ihre aktive politische Teilhabe wenig getan wurde. Nur wer auch aktiv am politischen Willensbildungsprozess teilhaben kann, wird sich auch aktiv in das politische Geschehen einbringen“, erläutert Özkeles weiter.

Deshalb fordern die Jusos vom Kreisverband Biberach eine deutlich stärkere Unterstützung der jugendpolitischen Organe wie Jugendgemeinderäte, Jugendforen aber auch jugendpolitische Organisationen von der Politik.“

Für die Jusos Kreis Biberach ist klar, dass die Änderung des Wahlrechts auch eine Verpflichtung für die junge Generation ist, sich an der nächsten Kommunalwahl aktiv zu beteiligen dabei wollen die Jusos eine wesentliche Rolle einnehmen.

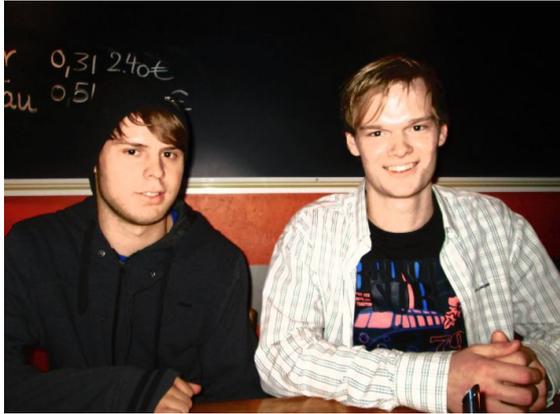
Fischbach, 05. November 2012 Simon Özkeles,
Jusos-Kreisvorsitzender

Über: Lisa Stahn - Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragte der Kreis-Jusos Biberach

Generalversammlung des Ring politischer Jugend des Landkreises Biberach am 6.11.12:

RPJ wählt neue Spitze

Der ehemalige Hauptkoordinator des Ringes politischer Jugend Biberach (RPJ Biberach) **Felix Rolletschke** kandidierte wegen seines Wegzuges aus dem Kreis nicht erneut für den Koordinatorposten der Grünen Jugend im RPJ. Sein Amt übernahm als Koordinator der Grünen Jugend **Sebastian Heidger**. Der bisherige RPJ-Koordinator der Jusos, **Stefan Gretzinger**, stellte sich für eine weitere Amtszeit zur Verfügung und übernimmt turnusgemäß den Posten des Hauptkoordinators. **Gretzinger** und **Heidger** wurden beide einstimmig von den anwesenden Mitgliedern gewählt. Der RPJ möchte weiterhin das Interesse der Jugendlichen an Politik durch verschiedene Aktionen wie zum Beispiel Juniorwahlen zur Bundestagswahl wecken und durch Veranstaltungen die Hemmschwelle Jugendlicher gegenüber Parteien senken. „Wir wollen als RPJ Politik jünger und verständlicher machen“, so Gretzinger. „Die Motivation Jugendlicher sich politisch zu engagieren ist vorhanden. Wir müssen ihnen nur die Parteien näherbringen und ihr Vertrauen in diese stärken.“, ergänzt Heidger.



Die beiden neuen Koordinatoren

Selbstverständlich seien sämtliche Jugendorganisationen dazu eingeladen sich im RPJ einzubringen. Die beiden Koordinatoren betonen, dass die Junge Union als einzige politische Jugendorganisation im Kreis bisher nicht im RPJ mitwirkt. Darüber hinaus betonen die beiden, dass die Tür zum RPJ jederzeit für die Junge Union offen steht.

08.11.2012

Stefan Gretzinger

Initiative von MdB Martin Gerster:

Kleine Bahnhöfe im Kreis sollen reaktiviert werden

BIBERACH - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** will zusammen mit Bürgermeistern im Kreis Biberach erreichen, dass die kleinen Bahnhöfe zwischen Biberach und Aulendorf reaktiviert und in das S-Bahn-Konzept der Region Donau-Iller einbezogen werden. „Für den ganzen südlichen Kreis Biberach wäre es ein großer Gewinn an Mobilität, wenn Biberach von Ummendorf, Hochdorf (Essendorf), Ingoldingen (Winterstettenstadt), Bad Schussenried und Aulendorf aus mit lokalen Zügen erreichbar ist“, so der 41-jährige Abgeordnete.

Der Regionalverband Donau-Iller hat auf die Initiative von **Martin Gerster** und der Bürgermeistergruppe reagiert und das bereits ausgearbeitete Konzept zur Einführung einer SBahn zwischen Ulm und Ummendorf bis nach Bad Schussenried erweitert und durchgerechnet. Bei der Regionalversammlung am 27. November sollen Eckpunkte der neuen Option erstmals öffentlich vorgestellt werden.

Grundlage für die neue Option sind Überlegungen aus dem Fahrgastverband „Pro Bahn“, der sich an **Martin Gerster** mit entsprechenden Vorschlägen gewandt hatte. „Wenn wir die

kleinen Bahnhöfe wiedereröffnen, können wesentliche Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene gebracht werden“, so **Gerster**. Schüler und Arbeitnehmer aus dem südlichen Kreis könnten dann beispielsweise mit der S-Bahn über die Haltestellen Biberach und Biberach-Süd Schulen und Arbeitsplätze erreichen. Auch der Knotenpunkt Jordanbad und die gesamte B30 würden dadurch eine Entlastung erfahren, so **Gerster**. Dass ein derartiges Regionalverkehrskonzept funktionieren kann, zeige die Bodensee-Obschwaben-Bahn, die von Aulendorf bis Friedrichshafen kleine Züge laufen lässt und durch den Halt an Unterwegsbahnhöfen die Mobilität im ländlichen Raum auf der Schiene deutlich erhöht.

Biberach, 08.11. 2012

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Berlinreise 2013

MdB Gerster lost Gewinner aus dem Raum Biberach aus

BIBERACH – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat jetzt 15 Gewinnerinnen und Gewinner seiner Verlosung von Berlinreisen gezogen. Insgesamt hatten sich mehrere Dutzend Bürgerinnen und Bürger beteiligt, die Gerster im Rahmen seiner Hausbesuche getroffen hatte. In 7 Gemeinden seines Wahlkreises hatte Gerster an Türen geklingelt, mit den Bewohnern gesprochen und Rosen und kleine Mitbringsel verteilt. „Die erneut große Beteiligung an meiner Berlinreisenverlosung ist wieder eine tolle Rückmeldung und bestärkt mich darin, nächstes Jahr in weiteren Gemeinden mit den Menschen das Gespräch zu suchen“, erklärte Gerster. 9 der 15 Gewinner kommen aus dem Raum Biberach, und zwar sind das Wolfgang Denzel und Maria Roth aus Berkheim, Margot Bitterwolf und Sieglinde Brüchele aus Hochdorf, Franz Hörmann aus Kirchdorf, Karin Schätz aus Bechtenrot, Markus Miller aus Erolzheim, Sonja Krieger aus Edelbeuren und Hans Kibler aus Alberweiler, die wie die anderen Gewinner aus Gersters Bundestagswahlkreis jeweils eine Person mit in die Bundeshauptstadt nehmen können.

Biberach, 19.11.2012

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Jusos Baden-Württemberg begrüßen Entscheidung des Bundesrates zum Steuerabkommen mit der Schweiz

Mit Freude nehmen die Jusos vom Kreis Biberach zur Kenntnis, dass das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz vom Bundesrat gestoppt wurde. Der Juso-Kreisvorsitzende Simon Özkeles erklärt dazu: „Die Mitglieder der Rot-Grün regierten Landesregierungen und auch die baden-württembergische Regierung haben richtig gehandelt und das Abkommen gestoppt. Durch das Steuerabkommen wären dem deutschen Staat Milliarden Verluste entstanden und Steuerhinterzieher hätten Amnestie für ihre Taten erhalten.“



Für die Jusos Kreis Biberach ist genauso wie für die Rot-Grün geführten Länder klar, dass das Steuerabkommen erst durch Änderungen, zum Beispiel einer Anpassung der Sonderkonditionen für Schwarzgeld der Vergangenheit, zustimmungsfähig ist. Die Ablehnung des Steuerabkommens dürfe jedoch nicht das Ende des Prozesses sein. „Wir Jusos vom Kreis Biberach sprechen uns klar dafür aus, dass es nun darum gehen muss, europaweit für mehr Transparenz und ein entscheidendes Vorgehen gegen Steuerflucht zu kämpfen“, so Özkeles. „Mit diesem Steuerabkommen hätte man deutschen Steuerhinterziehern nicht nur einen Persilschein für den schweren Straftatbestand der Steuerhinterziehung gewährt, man hätte ihnen auch gleichzeitig genügend Zeit gelassen, ihr Schwarzgeld außer Lande zu schaffen“ machte auch der stellv. Kreisvorsitzende Julian Fischer deutlich. „Die Klausel im Abkommen, Schwarzgeld zehn Jahre lang rückwirkend nur

nachbesteuern zu wollen, wenn Steuerhinterzieher auch bis Anfang 2013 Geschäftsbeziehungen zu den jeweiligen Schweizer Banken unterhalten, ist unverantwortliche Klientelpolitik der Mövenpick-FDP und der Schreiber-CDU. Derartige Abkommen sind eine Ohrfeige insbesondere für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer, die trotz geringen Einkommens ehrlich Steuern bezahlen.“ so Fischer weiter. „Die SPD steht für Steuergerechtigkeit, und hat mit dem Nein im Bundesrat Grundsätze verteidigt, deren Infragestellung die Jusos niemals für möglich gehalten hätten“ so Kreisvorsitzender Simon Özkeles abschließend.

Mit Grüßen

Simon Özkeles, Jusos-Kreisvorsitzender

SPD setzt erneut Maßstäbe auf dem Weg zum Musterland für gute Arbeit und gute Wirtschaft

Kreisvorsitzender Martin Gerster MdB:

„Ja zur Mittelstandsförderung – Nein zu Lohndumping, das ist unsere Handschrift beim Tariftreuegesetz“

„Wir sagen Ja zur Mittelstandsförderung und Nein zum Lohndumping. Das ist unsere sozialdemokratische Handschrift, wenn es darum geht, Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit und gute Wirtschaft zu machen.“ Mit diesen Worten hat der Biberacher SPD-Kreisvorsitzende **Martin Gerster MdB** den heute von Landesregierung beschlossenen Entwurf des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg mit Freude begrüßt.

Der von Wirtschaftsminister Nils Schmid auf den Weg gebrachte Entwurf sieht vor, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten einen tarifvertraglichen Lohn zahlen. Besteht kein einschlägiger Tarifvertrag, müssen die Unternehmen ihren Beschäftigten mindestens 8,50 Euro zahlen. „Das Ziel war es von Anfang an, dass sich gute Arbeit lohnen muss“, so Martin Gerster MdB.

Mit dem Gesetz werden Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

durch den Einsatz von Billigarbeitskräften unterbunden. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit zwingt öffentliche Auftraggeber – also auch den Landkreis Biberach – das günstigste Angebot anzunehmen. Kalkuliert das Angebot mit Dumpinglöhnen, führt dies zu einer Wettbewerbsverzerrung auf dem Rücken der Beschäftigten. Das schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen und ebenfalls um den Auftrag konkurrieren. „Dadurch werden tarifgebundene Arbeitsplätze in tarifreuen Unternehmen gefährdet, also gerade auch jene in unseren Handwerksbetrieben und unseren fairen mittelständischen Unternehmen vor Ort“, so Gerster.

Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz stärkt deshalb die Wettbewerbsfähigkeit vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen. „Denn mit Fleiß und Ideen bringen Millionen Schaffer und Tüftler Baden-Württemberg gerade im Mittelstand nach vorne“, betonte der SPD Kreisvorsitzende und Biberacher Bundestagsabgeordnete.

Durch die Festlegung auf die Zahlung eines Mindestentgelts als Zugangsvoraussetzung zu öffentlichen Aufträgen gilt für alle Unternehmen, die sich um einen öffentlichen Auftrag bewerben, die gleiche Ausgangslage. Damit wird in beschäftigungspolitisch sensiblen Bereichen der Erhalt von Arbeitsplätzen gewährleistet, die einen ausreichenden sozialen Schutz und ein angemessenes Einkommensniveau garantieren.

„Das jetzt beschlossene Tariftreuegesetz ist SPD pur Schritt für Schritt schaffen wir Zukunft in Baden-Württemberg“, so Martin Gerster MdB abschließend.

Biberach, 27. 11.2012

Wolfgang Heinzel,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Ortsverein Biberach und IG BCE informieren zur Leiharbeit

Die Leiharbeit stand im Mittelpunkt des Informationsangebotes von SPD und IG BCE am vergangenen Wochenmarkt in Biberach. Auf Pinnwänden illustriert konnten die Besucher die täglich erlebten Defizite der Leiharbeit nachvollziehen. Neben dem deutlich geringeren Arbeitsentgelt haben Menschen in Leiharbeit häufig wechselnde Arbeitsorte und Tätigkeiten und damit keine Planungssicherheit

hinsichtlich Wohnort, Familie und längerem Erholungsurlaub.



Bild: Mit Bürgerinnen über Leiharbeit diskutieren auf dem Biberacher Wochenmarkt unter anderem SPD-Ortsvereinsvorsitzender Werner Drews, Boehringer-Betriebsrat Freddy Speth und SPD-Ortsvorstandsmitglied Lisa Stahn (3., 4. und 5.v.l.).

In vielen persönlichen Gesprächen wurden darüber hinaus auch die kleinen Unterschiede diskutiert: u. a. wurde berichtet, dass Leiharbeiter in der Kantine Aufschläge bezahlen müssen oder ihr Auto nicht auf den firmeneigenen Parkplätzen abstellen dürfen. Die SPD Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Biberach möchte zum Bundestagswahlkampf das Thema Leih- und Zeitarbeit in einer öffentlichen Veranstaltung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften erörtern und plant dazu eine Podiumsdiskussion.

26.11.2012

Möhrle, Ulrich,
Regionalgeschäftsführer BC

SPD-Fraktion lobt „Otto- Wels-Preis für Demokratie“ aus

MdB Martin Gerster hofft auf rege Beteiligung aus Oberschwaben

Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus und Intoleranz verteidigen? Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster ruft junge Menschen aus der Region Donau-Bodensee auf, sich mit diesen Fragen in kreativer Weise auseinanderzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Kreativwettbewerb ausgeschrieben. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin.

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit dem Gesetz trat der Reichstag seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-

Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers.

„Die Rede von Otto Wels und sein mutiges Eintreten für die Demokratie haben bis heute eine bleibende Aktualität“, sagte der SPD-Abgeordnete **Gerster**. Wie die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU zeigten, „müssen wir unsere freiheitliche Demokratie stets aufs Neue verteidigen und bewahren,“ so Martin Gerster. Dafür das Bewusstsein der jungen Generation zu schärfen, sei das Anliegen des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ der SPDBundestagsfraktion.



Otto Wels

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise eine Rede verfassen oder eine Demokratiekampagne gestalten. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern. Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013.

„Die Gewinnerinnen und Gewinner laden wir im März zur Preisverleihung nach Berlin ein“, kündigte Martin Gerster an. Für die drei besten Arbeiten winken attraktive Preise.

Ausschreibung und Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar, der Redetext unter www.spdfraktion.de/sites/default/files/0%2C%2C14546%2C00.pdf

und als Tondokument unter soundcloud.com/spdfraktion/rede-von-otto-wels-gegen-das.

Biberach, 05. 12. 2012 Wolfgang Heinkel, Büroleiter
Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Konstanz

MdL Hans-Peter Storz

Chance für sozialen Wohnungsbau

Wir haben die Zuschüsse für den Bau von preisgünstigen Mietwohnungen mehr als verdoppelt,“ fasst der Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz den Kern des Wohnraumförderprogramms des Landes für 2013 zusammen. „Davon werden vor allem die Groß- und Universitätsstädte, auch Konstanz, profitieren“.

Landesweit stehen im nächsten Jahr 40 Millionen Euro für sozialen Mietwohnungsbau zur Verfügung. Dieser Betrag entspreche einer Steigerung von über 130 Prozent gegenüber den Haushaltsansätzen der schwarz-gelben Vorgängerregierung. „In der Wohnungspolitik wird besonders deutlich, welche Auswirkungen der Regierungswechsel hatte.“

In der heutigen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Landtags wurde das Wohnungsbauprogramm mit Vertretern der Kommunen, von Mietern und Vermietern und der Wohnungswirtschaft diskutiert. Die Verbände seien frühzeitig in die Diskussion über die Schwerpunkte des Wohnungsbauprogramms mit einbezogen worden. So wurden auch Erfahrungen der besonders aktiven Konstanzer Wohnungsbau-Gesellschaft WOBAK bei der Entwicklung des Programms berücksichtigt.

Die Wohnungsbauförderung des Landes arbeite vor allem mit Zinsvergünstigungen. Bauherren, die im kommenden Jahr günstige Sozialwohnungen errichten, können zinslose Darlehen erhalten, wenn sie den Wohnraum 15 oder 25 Jahre günstiger vermieten. Dadurch könne

die Miete in diesen Wohnungen um ein Drittel unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. In teuren Städten wie in Konstanz bedeute dies eine spürbare Entlastung für Mieter, so Storz. „Das ist ein wichtiger Beitrag, dass Wohnen bezahlbar bleibt.“

Das Finanz- und Wirtschaftsministerium habe das Landeswohnraumförderprogramm gegenüber dem Vorjahr deutlich flexibilisiert, so Storz. Dies trage dazu bei, dass durch die Fördermittel mehr Wohnungsbauinvestitionen angeregt werden können, so Storz. In der Anhörung habe Finanzminister Nils Schmid deutlich gemacht, dass bei hoher Nachfrage das Förderprogramm auch aufgestockt werden könne.

Insgesamt stelle das Land im Jahr 2013 63,5 Millionen Euro zur Finanzierung des Wohnungsbaus zur Verfügung. 40 Millionen fließen in den Mietwohnungsbau. Insgesamt 18 Millionen Euro helfen einkommensschwächeren Haushalten beim Erwerb selbst genutzten Wohneigentums. Mit 5,1 Millionen Euro werden Eigentümergemeinschaften unterstützt, die ihre Wohnungen vor allem unter dem Aspekt des Energieverbrauchs modernisieren wollen. „Wohnungsbauförderung ist gute Wirtschaftspolitik“, so Storz. Denn die Landesförderung rege umfangreiche Investitionen von Bauträgern und privaten Bauherren an.

07.12.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

Land fördert Fachkräfte-Bündnis

Wer erledigt morgen die Arbeit? Diese bange Frage steckt hinter der Klage vom Fachkräftemangel, der Betrieben in der Bodenseeregion schon bald drohen könnte. Die Frage, wie Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter bekommen, wird zur wichtigsten Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die regionale Fachkräfteallianz Konstanz wird ab 2013 vom Land gefördert.

Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen unterstützt die Arbeit im Kreis Konstanz in den nächsten beiden Jahren mit einem Zuschuss von 100.000 Euro.

In der regionalen Fachkräfte-Allianz arbeiten der Landkreis, Städte und Gemeinden, die Wirtschaftskammern, Arbeitgeber und Gewerkschaften, die Agentur für Arbeit, Wohlfahrtsverbände und Wirtschaftsförderungsgesellschaften zusammen. Ziel ist es auf örtlicher Ebene alle Akteure an einen Tisch zu bringen

und gemeinsame Aktivitäten für mehr Fachkräfte zu entwickeln.

Seit 2011 gebe es auf Landesebene eine Fachkräfte-Allianz, berichtet Storz. Deren Tätigkeit solle auf örtlicher Ebene durch maßgeschneiderte Aktionen ergänzt werden. Daher regte die Landesregierung die Gründung regionaler Allianzen an. „Die Förderung des Landes ist eine gute Starthilfe für die Arbeit vor Ort“, sagt Storz. Die Zuschüsse stammen aus dem europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes. Insgesamt fördert das Land sieben regionale Fachkräfteallianzen als Pilotprojekte.

07.12.2013

Büro Hans-Peter Storz, MdL

SPD Kreis Ravensburg

SPD-Veranstaltung in Vogt:

Atomausstieg und Energiewende

Die Frage ist gestellt worden, aber Ute Vogt, die SPD-Bundestagsabgeordnete (Stuttgart), beantwortete sie ganz eindeutig. Ja selbstverständlich sind der Atomausstieg und die Konsequenz der Energiewende ein wichtiges Thema für die Parteiarbeit der SPD. Auch wenn manche Genossen der Meinung sind: „Das ist Sache der Grünen, die sollen sich darum kümmern.“ Immerhin ist Franz Untersteller grüner Landesminister für das Umweltressort. Die SPD habe sich früher, noch im Godesberger Programm, fast schwärmerisch für die friedliche Nutzung der Atomenergie ausgesprochen, räumte **Ute Vogt** ein.

Und erst nach der Katastrophe von Tschernobyl war die Bundespartei bereit, sich von der Atomkraft zu verabschieden und Erhard Eppler zu folgen, der schon Jahre vorher einen anderen Kurs propagiert hatte. Die SPD tritt heute für eine nachhaltige „grüne“ Energie ein, die sozial erschwinglich sein muss für den Endverbraucher, reklamiert Ute Vogt. Sie erinnert an das Vermächtnis der früheren rot-grünen Bundesregierung, die mit den Energiekonzernen den Atomausstieg vertraglich vereinbart hat (2001) und besonders das EEG mit seiner Umlage zur Förderung erneuerbarer Energieträger (2003). Nicht so gut weg kommen in ihren Ausführungen die CDU-Bundesumweltminister Röttgen und Altmaier. Beide haben sich in der schwarz-gelben Bundesregierung nicht

durchsetzen können, um die Energiewende und den erforderlichen Ausbau des Stromnetzes von Nord nach Süd (3 500 Kilometer Ausbaubedarf) voranzubringen.

Umgekehrt hat Frank-Walter Steinmeier als SPD-Kanzlerkandidat 2009 in seinem „Deutschland-Plan“ eine Netz-AG zur erfolgreichen Planung des Netz-Ausbaus in den kommenden Jahren angeregt. Weder gibt es heute einen Masterplan des Bundes noch einen abgestimmten Plan zwischen den 16 Bundesländern zum Ausbau des Energie- und Stromnetzes. Da strengen sich auch die großen Stromkonzerne nicht an, argwöhnt Ute Vogt, ja sie unterstützen gar Initiativen zur Revision des Atomausstieges. Der CDU-Umweltminister Altmaier ist nach ihrer Einschätzung „den Nachweis schuldig geblieben“, dass er über eine hinreichende Kompetenz in dieser wichtigen Zukunftsfrage verfüge.

Während beim EEG-Gesetz von Rot-Grün nur ganz wenige Ausnahme-Tatbestände bei der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage zugelassen worden seien, (59 Unternehmen sind damals befreit worden), habe sich bis 2012 die Zahl der befreiten Unternehmen auf 1 000 gesteigert, in diesem Jahr 2012 seien gar 2 000 Anträge auf eine Befreiung von der EEG-Umlage eingegangen, was den Druck auf den normalen Steuerzahler erheblich verstärkte, so Vogt. „Es ist ein Skandal, dass auch große Ketten befreit sind, die auf großindustrielle Weise Backwaren für Discounter und Supermärkte produzieren und dem Bäcker um die Ecke die Existenz vernichten“, hielt sie der schwarz-gelben Bundesregierung, namentlich dem Wirtschaftsminister Rösler von der FDP vor. Auf Befragen lobte sie das Schweizer Vorgehen bei der Suche nach einem sicheren Atomendlager, was Peter Didszun angesprochen hatte. Unverantwortlich sei die Lagerung von Atommüll im Salzstock Asse in Niedersachsen, wo weder eindeutig geklärt sei, was für ein Müll in Fässern da abgelagert werde, noch sei der Salzstock ein ausreichend sicherer Lagerraum, der das Austreten von radioaktiven Emissionen in die Außenwelt im Lauf der kommenden Jahrhunderte verhindern könne.

Deutschland habe in den letzten beiden Jahren 6 Milliarden Euro weniger für den Import fossiler Energieträger aus dem Ausland ausgeben müssen. Im Jahr 2011 sei mehr Strom aus erneuerbaren Energieträgern (25 Prozent) als aus Atomkraftwerken produziert worden. Die staatlichen Subventionen

belaufen sich von 1970 bis 2012 auf 187 Milliarden Euro für die Atomenergie, 177 Mrd. Euro für die Steinkohle, 65 Mrd. Euro für die Braunkohle, und 54 Mrd. Euro für die erneuerbaren Energien. (nach Greenpeace/Energy und Bundesverband Windenergie).

Ute Vogt tritt dafür ein, dass die SPD-Kreisfraktionen aus den baden-württembergischen Landkreisen als Anteilseigner der OEW im Konzern der EnBW sich einmal zu einer gemeinsamen Konferenz treffen, um neue Strategien zur Umgestaltung des Stromkonzerns EnBW zu entwickeln. Ein breites Thema in ihren Ausführungen ist auch der Bereich Gebäudesanierung (von Jochen Jehle angefragt) sowie die aktuelle Entwicklung der Strompreise und die Belastung von Privathaushalten, die diesen Anstieg der Strom- und auch der Heizkosten kaum mehr finanziell verkraften können. Die Kosten dürfen nicht einseitig auf die Endverbraucher umgelegt werden, mahnt Ute Vogt. Sie ist zuversichtlich, dass die Bundestagswahl im September 2013 eine neue rot-grüne Bundesregierung ermöglicht, die das Signal umlegen kann hin zu einer aktiven und nachhaltigen Energiewende. Es sei schon zuviel Zeit verloren worden nach Merkels kurzzeitigem Ausstieg aus dem Atomausstieg und der 180-Grad-Wende nach der Tsunami- und Reaktorkatastrophe in Japan zu Beginn des Jahres 2011.

Übrigens: Ute Vogt hat schon mal in Vogt eine Rede gehalten, während des Landtagswahlkampfes 2001. Beim Politischen Martini in Laupheim 2012 hat die baden-württembergische Sozialministerin **Katrin Altpeter** zum Thema „Gute Arbeit“ gesprochen und Uschi Dreiz für 15 Jahre Tätigkeit im Kinderschutzbund sowie Dr. Frieder Mauch für bald 60 Jahre Mitarbeit im Naturschutzbund ausgezeichnet. Ute Vogt kandidiert in Stuttgart wieder für den Deutschen Bundestag und war früher mal SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg und in der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Staatssekretärin im Bundesinnenministerium (ihr Chef war Innenminister Otto Schily).

W. Bernhard

Politischer Martini 2012 von der oberschwäbischen SPD in Vogt

Der Bürgermeister der Vor-Allgäu-Gemeinde Vogt, Smigoc, begrüßt im Gasthof „Paradies“ hochofrennt die SPD-Versammlung und die

beiden Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** und **Ute Vogt**. Gerster erklärt augenzwinkernd, dass man extra wegen Ute Vogt beim politischen Martini dieses Jahr von Wolfegg nach Vogt umgezogen sei, in das „Paradies“, das dieses Jahr sein hundertjähriges Jubiläum feiert. Der Martinstag sei früher für die Bauern ein traditionsreicher Anlass gewesen, um Bilanz zu ziehen über die Ernte auf den Feldern und Rechenschaft zu geben über die Einnahmen und Ausgaben auf dem Hof. Daraus sei die Idee zu einem „politischen Martini“ in Oberschwaben entstanden, bei **Rudolf Bindig** und **Matthias Weisheit** vor 10 Jahren. Zu der SPD-Versammlung nach Vogt sind auch gekommen die Kreisvorsitzende des Nachbar-Kreisverbandes der SPD im Kreis Lindau, **Dagmar Nölte**, und etliche Parteifreunde aus dem Bodenseekreis. Zu Beginn ist **Otto Ziegler** (Isny), der frühere SPD-Kreisvorsitzende im Kreis Ravensburg, von **Felix Rückgauer** und **Hannes Munzinger** mit dem Dank für sein Engagement im Kreisvorstand geehrt worden.

Am Samstag, 19. Januar 2013: in Sonthofen im Allgäu:

Auftakt zum SPD-Landtagswahlkampf der bayerischen Sozialdemokratinnen u. Sozialdemokraten mit dem Münchner Stadtoberhaupt Christian Ude, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Freistaat Bayern im September 2013

W. Bernhard

Parteijubiläum 2013 - Nur wenn man weiß, woher man kommt, weiß man auch, wohin man will!

Im Jahre 2013 wird die SPD 150 Jahre alt. Wir Sozialdemokraten wollen uns in diesem Jahr als Partei mit einer langen und stolzen Tradition präsentieren. Wir wollen uns erinnern, vor welchen Herausforderungen die Sozialdemokratie stand, mit welchen Antworten sie diesen entgegengetreten ist und was wir erreicht haben. Wir wollen zeigen, welche Persönlichkeiten unsere Partei geprägt haben. Auf Bundes- und Landesebene werden Veranstaltungen zu diesem Jubiläum vorbereitet.

- ein großer Festakt am Gründungstag, dem 23. Mai in Leipzig
- Vom 16.8. bis 18.8. 2013 treffen sich Sozialdemokraten aus allen Teilen Deutsch-

lands und Vertreter sozialistischer Parteien aus dem Ausland in Berlin.

- eine große Wanderausstellung, die vom 9. 4. bis zum 6.5. in Stuttgart gezeigt wird.
- die Große Landesausstellung 2013 wird dem Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung 1863 – 2013“ gewidmet sein und im „Technoseum – Landesmuseum für Technik und Arbeit“ in Mannheim zu sehen sein.

Auch die Sozialdemokraten im Kreis Ravensburg wollen sich ihrer Geschichte erinnern. Sie wollen sich ihrer Herkunft vergewissern, um Orientierung für die Zukunft zu gewinnen.

- Am **1. Mai** laden wir zur **Fahrt nach Stuttgart** ein. **Jörg Bogenrieder** hat eine Fahrt organisiert, die neben dem Besuch der Wanderausstellung zur Parteigeschichte noch weitere historisch bedeutsame Stationen in der Landeshauptstadt enthält.
- In einem **Festakt am 26. Mai 2013 im Kornhaussaal in Weingarten** wird **Prof. Dr. Wolfgang Marcus** an eine dunkle Zeit unserer deutschen Geschichte erinnern, deren Aufarbeitung noch immer nicht abgeschlossen ist. Er wird den Spuren der **Verfolgung von Sozialisten durch die Nazis in Oberschwaben** nachgehen.
- Zuvor wird unser Bundestagskandidat **Hannes Munzinger** über seine Vorstellungen von einer Sozialdemokratie sprechen, die sich auf Augenhöhe mit der Gegenwart befindet und Antworten auf die Fragen der Zukunft geben kann.
- Wir werden ein **Buch zur Geschichte** vorstellen, das von der Bundes-SPD herausgegeben wird und auch **zwei Beiträge von Günther Biegert und Bodo Rudolf** zur Geschichte der SPD im Kreis Ravensburg enthält.
- Am Nachmittag des gleichen Tages werden wir im **Museum „Schlössle“ eine Ausstellung zur Geschichte der SPD** eröffnen, die dort eine Woche lang ausgestellt wird. Dazu zeigen wir eine Dokumentation zur Geschichte der Partei.

Den Rahmen dieses Tages wollen wir mit Musik, mit Speis´ und Trank für die Teilnehmer angenehm und unterhaltsam gestalten.

Wir freuen uns, möglichst viele Genossen, Parteifreunde und Freunde der SPD aus der Regi-

on Bodensee-Oberschwaben begrüßen zu können.

05.12.2012

Peter Didszun

Fastenbrechen im neuen Kulturzentrum

Die Alevitische Kulturgemeinde Ravensburg ist umgezogen. In der Franz-Beer-Straße in Weingarten hat sie das lang ersehnte neue Zentrum beziehen können. Das alte Zentrum in der Escher-Wyss-Str. in Ravensburg ist Geschichte. Die ehemalige Behinderteneinrichtung, zu der noch vier Wohnungen gehören, muss noch teilweise renoviert bzw. umgebaut werden. Ziel ist es einen Saal für Gebet, Feiern und Zusammenkunft für ein reges Gemeindeleben zu erhalten.

Nach dem zwölftägigen alevitischen Fastenmonat Muharrem feierte am Sonntag die Gemeinde das Asure-Fest mit einem Fastenbrechen im Gedenken an die Märtyrer von Kerbelä und das Überleben eines Sohn Hüseyins, der damit den Fortbestand des Alevitentums sicherte. Die Asure, eine süße Suppe bildet den Auftakt eines gemeinsamen Essens (vegetarisch aus Respekt vor den Opfern des Massakers).

Bevor die Asure gemeinschaftlich gegessen wird, spricht der Dede überlieferte Gebete und ruft den Anwesenden die Geschichte des Massakers ins Gedächtnis. Zum Fastenbrechen schließlich erklingt die Saz, die sechs bis siebenstimmige türkische Laute.

26.11.2012

Karl-Heinz König

**SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis**

Donaufahrer besuchen Berlin auf Einladung von Hilde Mattheis

50 Donaufahrer haben sich über die politische Arbeit in Berlin informiert. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** besuchten sie das Reichstagsgebäude und politische Sehenswürdigkeiten in der Hauptstadt. „Das anspruchsvolle Programm hat alle Erwartungen übertroffen“, bedankte sich stellver-

trete Anton Gugelfuß von den Donaufahrer Elchingen.



Bild: Gruppenfoto mit Hilde Mattheis, MdB in der Reichstagskuppel

Statt auf Ulmer Schachteln waren sie diesmal vier Tage mit Zug und Bus unterwegs. Mit einer Gegeneinladung zur Schachtelfahrt auf der Donau revanchieren sich die Berlinfahrer bei ihrer Abgeordneten für die interessante und erlebnisreiche Reise. Durch die Berlinfahrt konnten sich die Teilnehmenden ein Bild vom politischen Leben in Berlin machen. Nach einem informativen Besuch des Plenarsaals berichtete die Ulmer Abgeordnete Mattheis von ihrem politischen Alltag im Deutschen Bundestag. Neben der parlamentarischen Arbeit erhielten die Donaufahrer auch einen Einblick in Regierungsaufgaben beim Besuch des Bundeswirtschaftsministeriums. Eine Stadtrundfahrt, eine Diskussion im Willy-Brandt-Haus sowie der Besuch der Gedenkstätten Berliner Mauer und Deutscher Widerstand rundeten das Programm ab.

„Es ist wichtig, auch einen persönlichen Eindruck von der Politik zu bekommen“, betonte Mattheis den Sinn von politischen Bildungsreisen.

Ulm, 30.10.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Erfolgreich nachgehakt

Kultusministerin Warminski-Leitheußer kommt auf Einladung von Hilde Mattheis nach Altheim/Alb.

Die Gemeinde Altheim überlegt die Einführung einer Verbandsgemeinschaftsschule. Offene Fragen dazu wird Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer bei einem Vor-Ort-Besuch beantworten.

Bei einem Wahlkreisbesuch schilderte Bürgermeister Andreas Koptisch der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis seine Fragen zur Einführung einer Verbandsgemeinschaftsschule.

Diese kann aufgrund der Geburtenentwicklung in der Region auf längere Sicht nur einzügig gestaltet werden. Einzügige Gemeinschaftsschulen sind aber laut Bestimmungen des Kultusministerium nur im Einzelfall möglich. Um die innovativen Ideen der Gemeinde und der Schule der Ministerin zu präsentieren sowie offene Fragen zu klären, lud die Ulmer Parlamentarierin die Ministerin zu einem Besuch an die Schule ein – und das Kultusministerium sagte zu. Im April nächsten Jahres wird sich Warminski-Leitheußer ein Bild von der Situation vor Ort machen und die Gemeinde bei ihrer Schulpolitik beraten. „Es ist wunderbar, dass sich die Ministerin zwei Stunden Zeit nimmt und sich um die Anliegen der Altheimer kümmert“, freut sich Hilde Mattheis über die positive Antwort.

Ulm, 08.11.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Niemand ist gerne arbeitslos!

Zu den aktuellen Berichten über den Anstieg der Sanktionen für Arbeitssuchende erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Niemand ist gerne arbeitslos! Bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kommt es in erster Linie darauf an die Betroffenen individuell zu unterstützen und zu fördern und sie nicht mit teilweise unrealistischen Forderungen zu konfrontieren.“

Aus einer aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit für die Monate Januar bis Juni 2012 geht ein bundesweiter Anstieg auf insgesamt 520.792 Sanktionen gegen erwerbsfähige LeistungsempfängerInnen hervor. Im Vorjahr waren es noch 432.600.

Nur ein geringer Teil der Sanktionen wird vollzogen weil Arbeitssuchende eine Arbeit ablehnen. Auch für Ulm und Alb-Donau geht aus aktuellen Zahlen der Agentur für Arbeit hervor, dass weit über die Hälfte der Sanktionen aufgrund von Meldeversäumnissen erfolgen.

Ulm, 20. 11. 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis ruft junge Menschen zur Beteiligung auf:

SPD-Fraktion lobt „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ aus

Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus und Intoleranz verteidigen? Die SPD-Bundestagsabgeordnete

te Hilde Mattheis ruft junge Menschen aus der Stadt Ulm und dem Alb-Donau-Kreis auf, sich mit diesen Fragen in kreativer Weise auseinanderzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Kreativwettbewerb ausgeschrieben. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin.

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit dem Gesetz trat der Reichstag seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers.

„Die Rede von Otto Wels und sein mutiges Eintreten für die Demokratie haben bis heute eine bleibende Aktualität“, sagt die SPD-Abgeordnete **Hilde Mattheis**. Wie die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU zeigten, „müssen wir unsere freiheitliche Demokratie stets aufs Neue verteidigen und bewahren,“ so Mattheis. Dafür das Bewusstsein der jungen Generation zu schärfen, sei das Anliegen des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise eine Rede verfassen oder eine Demokratie-Kampagne gestalten. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern.

„Die Gewinnerinnen und Gewinner laden wir im März zur Preisverleihung nach Berlin ein“, kündigt Mattheis an. Für die drei besten Arbeiten winken attraktive Preise.

Ausschreibung und Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013.

Ulm, 13. Dezember 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Versprochen gebrochen:

Keine Umschulung für Ex-Schlecker-Mitarbeiterin

Die arbeitslose M. freute sich über das Versprechen der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, sie als ehemalige Schlecker-Mitarbeiterin könne zur Altenpflegerin oder Erzieherin umschulen. Nur ein halbes Jahr später steht fest, das Versprechen der Arbeitsministerin konnte nie eingehalten werden.

Drei Stellen, drei Rechtsauslegungen: An drei Instanzen hatte sich die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis gewandt, um Frau M. bei ihrem Wunsch nach einer Umschulung zur Erzieherin zu unterstützen. Die ehemalige Filialleiterin war von ihrem Arbeitsvermittler vertröstet worden: er könne keine Umschulung zur Erzieherin bewilligen, da es noch an rechtlichen Grundlagen fehle. Also wandte sie sich an eine Bundestagsabgeordnete, um sie um Rechtsgrundlagen zu bitten. Mattheis fragte bei den zuständigen Stellen nach, bekam aber widersprüchliche Antworten.

Mattheis fragte das Bundesarbeitsministerium nach den Verwaltungsvorschriften und den Finanzmitteln, die zur Verfügung stehen. Antwort: Es finden Gespräche statt, um die komplette Umschuldungsdauer finanziell fördern zu können und es bedarf keines eigenen Förderbudgets für ehemalige Mitarbeitende der Firma Schlecker.

Mattheis fragte die Pressestelle der Agentur für Arbeit Ulm, wie viele ehemalige Schlecker-Mitarbeitende in der Region umschulen. Antwort: Noch keine, aber einzelne Bewerber planen im Herbst eine Umschulung zu starten. Mattheis fragte die Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Ulm. „Wie kann es sein, dass in der Presse zu lesen ist, dass es Schlecker-Betroffene gibt, die umschulen, wenn doch die rechtlichen Grundlagen fehlen?“ Peter Rasmussen antwortete, Im Fall von Frau M. könne keine Umschulung gefördert werden, da sie nicht notwendig sei. Sie solle ihre Vermittlungsbemühungen auf die drei offenen Stellen als Filialleitung im Einzelhandel richten. Eine Umschulung in der Altenpflege oder zur Erzieherin sei generell nicht möglich, da die Ausbildungszeit nicht mit der maximalen Förderdauer der Agentur für Arbeit korrespondiere.

„Frau von der Leyen wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und den Fachkräftemangel in Pflege und Kinderbetreuung mit den arbeitslosen Schlecker-Frauen lösen. Nun sehen wir, dass sie nicht einmal eine Fliegenklatsche in der Hand hat“, bedauerte Mattheis das negative Ergebnis für Frau M.

Ulm, 13. Dezember 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Verunsicherung durch GEMA-Tarifreform beseitigt Mattheis unterstützt Vereine bei Fragen zu Festen

„Können wir uns noch eine Weihnachtsfeier oder den Kinderfasching leisten?“, umfasste die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** das Anliegen der Vereinsvertreter beim Informationsabend zur GEMA-Tarifreform. Offene Fragen konnten bei der Veranstaltung „GEMA-Tarifreform – Auswirkungen auf Vereine“ von Bezirksdirektorin Barbara Gröger beantwortet werden. Ihre Zusammenfassung: Gema-Gebühren sinken für kleine und steigen für große Veranstaltungen.

Dass über 60 Vereinsvertreter der Einladung der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis folgten, zeige die Wichtigkeit dieses heiklen Themas, so Mattheis. Besonders kleine Vereine ohne Dachverband seien verunsichert bei der Durchführung von Veranstaltungen mit Musikaufführungen und fürchteten steigende Kosten. „Das wäre natürlich ein Unding, wenn die GEMA-Gebühren zu einem Hindernis für ehrenamtliches Engagement würden“, erklärte sie.

Als Ziel der Neuerungen bezeichnete Gröger eine Tariflinearisierung: alle Veranstalter sollen gleich behandelt und mit Blick auf Raumgröße und Eintrittsgeld lizenziert werden. Im Vergleich zum jetzigen Tarif würden damit kleinere Veranstaltungen bis 500 Quadratmeter und einem Eintrittspreis zwischen drei und sieben Euro günstiger, Galas und Diskotheken dagegen erheblich teuer werden. Aber auch Schützenfeste mit großer Veranstaltungsfläche, jedoch ohne Eintrittsgeld kosten ab April 2013 fast ein Fünftel weniger GEMA-Gebühren als jetzt. Viel Zeit nahm sich Gröger für die Beantwortung speziell auf ihren jeweiligen Verein zugeschnittenen Fragen.

Nach einer ersten Runde zum Thema Besteuerung von Vereinen offerierte Mattheis nun ein

weiteres Angebot, um Vereinsarbeit zu unterstützen: „Für uns ist die Förderung von Ehrenamt sehr wichtig, denn die Vereine leisten in Ulm und im Alb-Donau-Kreis viel Gutes für unser Zusammenleben. Die Erleichterung des Engagements durch Informationsabende wie diesen ist ein Herzensanliegen“, betonte Mattheis zum Abschluss.

Ulm, 13. Dezember 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Sackgasse Minijob - Endstation Altersarmut

400€-Jobs, wie geringfügige Beschäftigung landläufig heißt, seien eine Sackgasse und keine Brücke in den Arbeitsmarkt, lautete das eindeutige Urteil von **Hilde Mattheis** und **Andrea Schiele** bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion in Ulm. „Prekäre Beschäftigung ist gleich Altersarmut und vor allem Frauenarmut“, betonte die Bundestagsabgeordnete Mattheis und kritisierte die von der Koalition beschlossene Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung auf 450€ als kontraproduktiv. „Bei über 22.000 Minijobs in Ulm und Alb-Donau-Kreis droht vielen Menschen Altersarmut“, mahnte sie.

Im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung forderte Schiele eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro Verdienst und eine arbeitsrechtliche Gleichbehandlung beispielsweise bei Urlaub und Lohnfortzahlung. Die Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) betonte in ihrem Vortrag, dass der ursprüngliche Sinn der geringfügigen Beschäftigung als Brücke in den Arbeitsmarkt nicht mehr gegeben sei. Aktuelle Studien bestätigten, dass Minijobs reguläre Arbeitsplätze verdrängten. Besonders für Geringqualifizierte sei der Minijob eine Falle, aus der sie kaum mehr herauskämen und der ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung vernichte. Vor allem Frauen arbeiteten stundenweise neben der Familienarbeit, bekämen aber zu 65% einen Stundenlohn unter 7,50 Euro und potenzierten damit ihr Risiko auf Altersarmut. „Eines muss allen klar sein: Minijob heißt auch Minirente!“, verdeutlichte Schiele.

Unter der Moderation Günter Stiffel von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) diskutierten insbesondere die anwesenden Frauen über Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten. Auch geringqualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund leiden unter

den Auswirkungen prekärer Beschäftigung, betonte eine Besucherin.

Ulm, 13. Dezember 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Lindauer Inselbahnhof für optimale Anschlüsse

Einzelne Verkehrspolitiker in Baden-Württemberg und in Vorarlberg befürchten mit je einer Anfrage in den beiden Landtagen, dass die eigenen Interessen bei der Bahnhofsanlage in Lindau zu wenig berücksichtigt werden. Dort ist der Inselbahnhof heute der wichtigste Knotenpunkt im Osten des Bodensees, an dem drei Bahnlinien mit Regional- und Interregionalverkehr optimal mit einander verknüpft sind.

In diesem Kopfbahnhof kann mit kurzen Fußwegen ebenerdig und bequem auf alle anderen Züge, die Schiffe und die Busse umgestiegen werden. Der Erhalt dieses Bahnhofs war jahrzehntelang umstritten und erst im letzten Jahr haben sich die zuständigen Partner in Bayern (Stadtverwaltung Lindau, DB Netz, Bayerische Eisenbahn-Gesellschaft BEG und Verkehrsministerium) auf einen Kompromiss mit einem kleineren Bahnhof in Reutin geeinigt. Dieser Kompromiss ist aber in der Stadt Lindau immer noch umstritten und deshalb waren die Abstimmungen mit Baden-Württemberg und Vorarlberg über einen Fahrplan nach der Elektrifizierung der Allgäu- und der Südbahn noch nicht möglich.

Die "Initiative Bodensee-S-Bahn" befürwortet die bisherigen Planungsergebnisse bis auf einzelne Details und hat diese Position in einem Brief an den Verkehrsminister von Baden-Württemberg detailliert begründet.

24.11.2012 **Wolfgang Schreier**
Co-Präsident des Vereins Initiative Bodensee-S-Bahn

Die BayernSPD hat ihre Landesliste zur Bundestagswahl schon fertig!

Einer der ersten SPD-Landesverbände, die ihre Landesliste zur Bundestagswahl schon verabschiedet haben, ist die **BayernSPD**. Im niederbayrischen Dingolfing tagte die Landesvertreterversammlung. Es sind **51** Wahlkreiskandi-

datinnen und -Kandidaten auf der Liste der BayernSPD vermerkt, an 1. Stelle Florian Pronold, der Landesvorsitzende. Er sprach von einem spektakulären „Umbruch“, der sich in der bayrischen SPD-Landesgruppe im Bundestag abzeichnet. Nur 9 der 16 jetzigen bayrischen SPD-Abgeordneten im Bundestag treten erneut zur Bundestagswahl an. Die BayernSPD setzt auf frische Kräfte: 13 der 51 KandidatInnen sind unter 40 Jahre alt, der Altersdurchschnitt der Liste liegt bei nur 44 Jahren. Der jüngste Kandidat ist der **19jährige Abuzar Erdogan** für den Wahlkreis Rosenheim. In 19 der 45 Wahlkreise in Bayern gehen Frauen für die SPD ins Rennen, eine Quote von 42 Prozent! Die jetzige Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion besteht schon **zur Hälfte aus Frauen**.

Immerhin: Der dienstälteste SPD-Landrat in Bayern, Heinrich Trapp, begrüßte die Delegierten in seinem heimischen Landkreis Dingolfing-Landau und am drittgrößten Standort der Automobil-Produktion von BMW, wo die 4er, 5er und 6er gefertigt werden. Außerdem ist **Dingolfing-Landau** das größte Gemüseanbaugebiet weltweit. Auch Hans-Jürgen Wischnewski stammt von dieser niederbayrischen Provinz. In diesem niederbayrischen Landkreis gibt es in jedem der 15 Kommunen (darunter 2 Städte) einen aktiven SPD-Ortsverein und eine SPD-Gruppe im örtlichen Gemeinderat. Die BayernSPD ist zuversichtlich, einen Tag vor dem Bundesparteitag in Hannover, wo Peer Steinbrück offiziell zum Kanzlerkandidaten der SPD gekürt worden ist, mit einem super Wahlkampf und einem überzeugenden Wahlergebnis zur Übernahme der Regierungsverantwortung in Berlin nach der Bundestagswahl beitragen zu können. Der Vorsitzende der bayrischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, **Martin Burkert**, beschwor als eminent wichtige Zukunftsthemen der Bundespolitik die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Abschaffung prekärer Arbeitsbedingungen und - last not least- **die Pflegereform!**

Florian Pronold, der dem Roten Seehas auch schon mal einen Brief geschrieben hat, sprach in seiner Rede von dem Erlebnis der ersten Wahrnehmung von Politik in seinen Jugendjahren: 1982, als Helmut Schmidt abgewählt wurde im Bundestag und Helmut Kohl neuer Bundeskanzler geworden ist.

Pronold attackierte die bayrische CSU als „schäbige Lobby für Hungerlöhne in der Wirtschaft“, die somit abgewählt werden müsse. Er nannte das Betreuungsgeld einen Etikettenschwindel und einen „Treppenwitz der Geschichte“ und wies auf die Spitzenplätze von Kommunen mit SPD-Bürgermeistern in Bayern hin bei der unerlässlichen Bereitstellung von U-3-Plätzen und Kitaplätzen in Bayern. Pronold reklamierte die Rechte von Mietern bei der energetischen Sanierung von Wohnungen und trat für bezahlbares Wohnen ein: in den Metropolregionen ebenso wie im ländlichen Raum. Soziale Kälte von Schwarz-Gelb in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Rente! Privatisierungsideologie der FDP! Pronold trat für eine bessere Steuerpolitik und für Steuergerechtigkeit ein. Letzter Teil seines Auftritts: Die Generalabrechnung mit der Europa- und Griechenlandrettungspolitik von Angela Merkel. Europa ist der Garant für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Der SPD-Landesvorsitzende gab als Zielmarke 24 Sitze von der BayernSPD im neuen Bundestag vor (jetzt 16 bayrische SPD-Abgeordnete im Deutschen Bundestag).

Für seine schwungvolle Rede zollten ihm die BasisvertreterInnen anderthalb Minuten lang lebhaften Beifall. Die **Landesjusos** kritisierten den Listenaufstellungsprozess allerdings. Juso-Kandidaten unter 30 Jahren sind mit Plätzen jenseits der 30er-Marke abgespeist worden. Aus Schwaben waren alle 15 Delegierten anwesend. Frauenquote 55,4 Prozent bei der Landesvertreterversammlung in Dingolfing.

Katharina Schrader, Bundestagskandidatin im Wahlkreis Kempten, und der Pressesprecher der BayernSPD, begrüßten den **Roten Seehas** herzlich am Priesstisch und baten die Genossenschaft am Bodensee eindringlich um die Mobilisierung für den Wahlkampfauftakt der **BayernSPD am 19. Januar 2013 mit Christian Ude in Sonthofen**.

Katharina Schrader nimmt den Platz **30** auf der **Landesliste der BayernSPD ein**. Sie führt heftig Klage über die Lokalzeitung in Kempten, die sie bei ihren ersten Terminen als Kandidatin immer geflissentlich ignoriert und aus dem Zeitungsfoto gar herauspixelt oder in der Bildunterschrift nicht namentlich erwähnt.

Vom Bezirk Schwaben der BayernSPD kommen in den Bundestag (auf Grund ihrer Platzierung auf der Landesliste: die gelernte

Erzieherin **Gabi Fogra-scher** **MdB-Platz 4-** (Donau-Ries/Donauwörth), Hauptschullehrerin Ulrike Bahr (neu -Augsburg-Stadt) und auf **Platz 21: Dr. Karl-Heinz Brunner**, der frühere Bürgermeister von Illertissen, der im Wahlkreis Neu-Ulm kandidiert und mit **Hilde Mattheis**, MdB Ulm, etliche gemeinsame Aktivitäten im Bundestagswahlkampf an der Donau plant. Die Kemptener SPD-Kandidatin Katharina Schrader erhielt 138 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 13 Enthaltungen.

Der bisherige SPD-Bundestagsabgeordnete aus Bayrisch Schwaben, **Heinz Paula**, ein Lehrer und großer Tierschutz-Experte in der SPD-Bundestagsfraktion, tritt nicht mehr an für eine weitere Wahlperiode im Bundestag. Er ist MdB in Augsburg.

Kampfkandidaturen um bessere Listenplätze (bei den Frauen u. bei den Jusos) hielten sich in Dingolfing doch sehr in Grenzen im Gegensatz zu anderen SPD-Landesverbänden. Nur zweimal, um den Platz 20 und den Platz 31, musste extra über Mehrfachbewerbungen abgestimmt werden. 15.45 Uhr: Die SPD-Landesvertreterversammlung der BayernSPD ist beendet.

PS: In Baden-Württemberg ist das Schlusswort beim Landeslistenparteitag in Heilbronn am 2.März 2013 erst auf 21 Uhr angesetzt.
08.12.2012 **W.Bernhard**

Leserbrief zum Interview mit Dieter Graumann in der Süddeutschen am 20.11.2012:

Der Lebenskampf von dem Dieter Graumann im Interview mit der Süddeutschen spricht, kann zum Todeskampf von Israel mutieren. Kein Staat hat bis heute in Dauerfeindschaft mit seinen Nachbarn und dauernder Überlegenheit gegenüber diesen überlebt. Irgendwann werden einerseits die Palästinenser, Ägypter, Syrer, Libanesen und weitere arabische Nationen stärker sein als Israel und andererseits die USA und Europa zu schwach sein, um Israel zu schützen, dann Gnade Gott den Juden in Israel. Dann ist es wirklich Zeit "mit den Menschen in Israel" zu zittern.

Nur eine Politik, die dem Aufruf israelischer Intellektueller "Wir müssen reden" folgt (SZ vom 21.11.12), ist die Chance, das Leid der Israelis und Palästinenser zu beenden. Und es wäre hilfreich, wenn Dieter Graumann, als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutsch-

land und andere einflussreiche Juden sich diesem Aufruf anschließen würden, anstatt Öl ins Feuer zu gießen. Die jüdische Gemeinschaft außerhalb Israels und besonders in Deutschland darf nicht neutral sein, sondern sollte die Kräfte in Israel stützen, die versuchen, den Ausgleich mit den Nachbarn zu finden, denn nur so kann Israel überleben.

Der Prozess des miteinander Redens wird langwierig sein und von Rückschlägen begleitet werden. Deswegen soll Israel auch so wehrhaft wie heute bleiben.

Seine Behauptung "Israel ist das einzige Land dessen Existenz bestritten wird" ist falsch. Die Palästinenser haben keinen Staat, sondern leben im Gazastreifen, auf der Westbank und sind in anderen arabischen Ländern nur geduldet. Ein Teil der Palästinenser ist im Gazastreifen eingesperrt, da die Durchlässigkeit an den Grenzübergängen nach Israel und Ägypten nicht grade den Standards im Schengenraum entspricht. Und die Küste wird von der israelischen Marine blockiert. Im Gazastreifen leben über 4700 Menschen auf einem Quadratkilometer, das sind 270 Menschen mehr auf dem Quadratkilometer als in München, der am dichtest besiedelten Millionenstadt in Deutschland. In der Westbank leben die Menschen mit der täglichen Furcht, dass ihnen das eigene Land durch den fortschreitenden Siedlungsbau der Israelis in der Westbank streitig gemacht und genommen wird. Das sind schlechte Voraussetzungen, um miteinander zu reden.

Deswegen sind hier Dieter Graumann und alle, anderen einflussreichen Juden gefordert.
21.11.2012 **Dietram Hoffmann**

SPD-Publikationen in der Region ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- 's Rote Füchsele www.spd-ehingen.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

SPD Ba-Wü:

bawue@spd.de

Wolf Seitz:

wolf.seitz@googlemail.com

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

Agnes Haag, Kantonsrätin St.Gallen:

info@sp-sg.ch

Peter Hartmann, Fraktionspräsident:

info@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

Ländle Gerecht:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Lisa Stahn:

lisastahn@aim.com

Simon Özkeles:

simon.oezkeles@gmx.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

martin.gerster@bundestag.de

Uli Möhrle:

Ulrich.Moehrle@spd.de

Büro Hans-Peter Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

Peter Didszun:

W. Schreier, Initiative Bodensee-S-Bahn: wmschreier@bluewin.ch

Europa Aktuell:

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de